

BERNER
FREISINN
Gemeinsam weiterkommen.
**Im Fokus:
Corona**
Corona-Pandemie

Vier freisinnige Unternehmer/innen erzählen wie sie die ausserordentliche Lage erleben.

Seiten 4 und 5

Jura bernois

La Présidente de la Confédération a visité des entreprises industrielles du Jura bernois.

Page 6

Jungfreisinnige

Mit einer Volksinitiative wollen die Jungfreisinnigen die AHV retten.

Seite 8

«Einer für alle – alle für einen»

Die Schweiz durchlebt schwierige Wochen, und schwierige Monate stehen uns bevor. Die Gedanken unserer Parteipräsidentin Petra Gössi zu Corona.

Seiten 10 und 11

So erleben unsere Bundesräte Corona

Im Interview erzählen Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis, wie sie damit persönlich umgehen und in welchen Bereichen sie gefordert sind.

Seite 12

Kommen Sie an den FDP-Wandertag!


Seite 24

Chers membres, chers Libéraux-radicaux

Ce qui devait être une année politique plus tranquille est devenue subitement une crise! En quelques jours tout a chaviré. Les images de la grippe espagnole ou de la Mobilisation 1939–45 ressurgissent: le Conseil fédéral doit gérer immédiatement cette crise sanitaire sans précédent, une guerre sans armes.

Face à ce fléau, la Suisse a su réagir et se montrer forte et sa population solidaire et obéissante: le semi-confinement s'imposait. Les acteurs de la santé sont d'une efficacité remarquable et d'un courage exemplaire, l'armée et la protection civile dignes dans le soutien, la population unie derrière ses autorités selon l'expression «un pour tous, tous pour un», appel à la cohésion nationale chère à notre parti.

Aujourd'hui, le PLR réclame le déconfinement organisé et la réouverture échelonnée des commerces, écoles, marchés, entreprises car une deuxième épreuve nous attend: l'économie et le système social sont en danger et le peuple aussi. Le retour à la normalité sera très long et la vie peut-être différente.

Chers membres, je vous souhaite toute la force et l'énergie nécessaire à vaincre ensemble cette malencontreuse étape de la vie de notre pays: restons solidaires et unis dans la difficulté.

**Votre président «confiné»
Pierre-Yves Grivel**
Liebe Mitglieder, liebe Freisinnige


Was eigentlich ein ruhigeres Politjahr werden sollte, ist plötzlich zu einer Krise geworden! In wenigen Tagen wurde alles auf den Kopf gestellt. Bilder von der Spanischen Grippe oder der Mobilmachung von 1939–45 tauchten wieder auf. Der Bundesrat musste sofort handeln und sich mit dieser beispiellosen Gesundheitskrise, einem unbewaffneten Krieg, auseinandersetzen.

Unserem Land ist es gelungen, auf diese Bedrohung zu reagieren und Stärke zu zeigen. Die Bevölkerung

erwies sich als solidarisch und folgte den Anweisungen: eine Ausgangssperre war nicht nötig. Die Akteure des Gesundheitswesens leisten Grossartiges und zeigen beispielhaften Mut. Sie verdienen die Unterstützung der Armee und des Zivilschutzes. Die Bevölkerung steht hinter den Behörden: «Einer für alle, alle für einen». Der Gemeinsinn, der unserer Partei am Herzen liegt, lebt.

Jetzt fordert die FDP die organisierte Aufhebung des Ausnahmezustandes und die gestaffelte Wiedereröffnung von Geschäften, Schulen, Märkten, Betrieben, weil uns sonst eine zweite Herausforderung bevorsteht: Die Wirtschaft, das Sozialsystem und die Menschen sind in Gefahr. Die Rückkehr zur Normalität wird lange dauern und das Leben vielleicht anders.

Liebe Mitglieder, ich wünsche Ihnen viel Kraft und Energie, um diese unglückliche Etappe unseres Landes gemeinsam zu bewältigen: Bleiben wir auch in der Krise solidarisch.

**Ihr «eingesperrter» Präsident
Pierre-Yves Grivel**

Inhalt

- 3–8 Berner Freisinn
- 9 Digitaler Stammtisch
- 10/11 Petra Gössi zu Corona
- 12 Unsere Bundesräte in der Corona-Krise
- 13 Ein wissenschaftliches Netzwerk für Krisenlagen
- 14 Die Vorwärtsstrategie ist alternativlos
- 15 Corona trifft Start-ups hart
- 16 Erste gesundheitspolitische Lehren aus Corona
- 17 Abstimmungen: Neue Kampfflugzeuge
- 18 Abstimmungen: Kündigungsinitiative
- 19 Mentoring: Alain Bai zum Rahmenabkommen
- 20 Freisinnige im Portrait: Pflege und Corona
- 21 Umweltpolitik: FDP hält Versprechen
- 22 Update zur Renteninitiative
- 23 Homeoffice: Auch nach Corona eine Option

Kantonaleil:

Redaktion Berner Freisinn
Neuengasse 20 | 3011 Bern
T: 031 320 36 36 | F: 031 320 36 30
E: info@fdp-be.ch | www.fdp-be.ch



Liebe Freisinnige

Die Schweiz, wir alle, ist mit der grössten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Die wegen Corona getroffenen Massnahmen bedeuten einen gewaltigen Einschnitt in unser Leben, unsere Freiheit, unser Einkommen. Doch sie sind richtig – denn man muss den drohenden Kollaps des Gesundheitssystems verhindern.

Nun müssen wir zusammenstehen. Das gibt uns die Gelegenheit, zu beweisen, dass die Schweiz ihren Gemeinsinn und ihren Willen gerade auch in Krisenzeiten bewahrt. Insbesondere möchte ich allen Menschen herzlich Danke sagen, die unter Einsatz der eigenen Gesundheit dafür kämpfen, Menschenleben zu retten und unser Land am Laufen zu halten. Ihr seid Helden, die Schweiz ist stolz auf euch!

Langfristige Strategie ist gefragt

Ich schreibe diese Zeilen Anfang April, damit wir diese Ausgabe des «Freisinn» rechtzeitig in den Druck geben können. Wenn Sie dies lesen, ist die Situation vielleicht schon wieder eine andere. Sicher ist aber: Die aktuellen und die kommenden wirtschaftlichen Herausforderungen sind immens!

Unzählige Arbeitsplätze und Existenzen stehen vor einer ungewissen Zukunft. Es droht nicht nur der Kollaps des Gesundheitswesens, sondern auch der gesamten Wirtschaft. Darum haben wir den Bundesrat in einem offenen Brief zum Handeln aufgefordert. Die getroffenen Massnahmen sind richtig und wichtig – aber sie sind kurzfristig. Bereits im letzten August haben wir eine langfristige Vorwärtsstrategie vorgelegt. Genau das ist es, was

wir brauchen, um die Wirtschaft wieder in die Gänge zu bekommen.

Mensch im Fokus

Wir alle müssen in der nächsten Zeit mit einer erheblichen Ungewissheit leben. Dies ist nicht die Zeit der Eigeninteressen, sondern des Zusammenhalts. Es ist nicht die Zeit von unbedachten oder populistischen Forderungen, sondern des Anpackens. Wir Freisinnige werden Verantwortung übernehmen, wie wir das schon immer getan haben. Handeln wir entschlossen, aber auch besonnen – immer mit dem Menschen im Fokus.

Natürlich liegt unser Schwerpunkt in diesem «Freisinn» auf dem Coronavirus. Wir befassen uns aber nicht nur mit der Krise selbst, sondern suchen auch Auswege aus der Krise. Und bei allem Leid: Womöglich bietet uns die Pandemie auch wichtige Erkenntnisse und sogar Chancen.

So oder so: Wir alle werden unglaublich froh sein, das Leben und die Freiheit dereinst wieder richtig geniessen zu können. Vorfreude ist bekanntlich die schönste Freude – und so möchte ich Sie schon jetzt herzlich einladen, das Leben und den Gemeinsinn am nationalen Wandertag der FDP am 29. August im Berner Oberland gemeinsam mit mir zu feiern. – Bleiben Sie gesund. Gemeinsam kommen wir weiter!

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Supporterclub FDP Kanton Bern

Gedankenaustausch und Unterstützung

2019 führte der Supporterclub der FDP des Kantons Bern zwei Anlässe für seine Mitglieder durch, unterstützte mit 15 000 Franken die National- und Ständeratswahlen und zahlte 3600 Franken an die Sektionen, die einen effektiven Mitgliederzuwachs hatten.

Jeder und jede kann Mitglied des Supporterclubs werden. Aktuell zählt der Club 61 Mitglieder. Hauptzweck ist die finanzielle Unterstützung der FDP. Die Liberalen Kanton Bern, aber ebenso wichtig ist, den Mitgliedern die Möglichkeit zu bieten, sich auszutauschen, insbesondere auch mit aktiven Politikern und Politikerinnen zu diskutieren. Die Anlässe sind eine Kombination einer Aktivität mit einem anschliessenden Nachtessen bzw. Apéro. Diese Aktivitäten sind im Mitgliederbeitrag eingeschlossen und somit für die Mitglieder mit Begleitperson unentgeltlich.

Am 13. Juni 2019 öffnete die Justizvollzugsanstalt in Witzwil die Türen für den Supporterclub. Der Direktor Hans-Jürg Schwarz schilderte eindrücklich die Herausforderung einer offenen Männer-Strafvollzugsanstalt mit dem grössten landwirtschaftlichen Betrieb der Schweiz. Abgerundet wurde der Anlass mit dem Referat von Regierungsrat Philippe Müller und einem Apéro riche.

Ideen für die Zukunft können Unternehmen im Schloss Thun erarbeiten. Ermöglicht wird dies

durch die Schweizerische Mobiliar Genossenschaft, die seit 2014 im Schloss Thun das Mobiliar Forum Thun, eine Innovations-Werkstatt, in der Unternehmen an Workshops schnell und effizient neue Produkt-, Dienstleistungs- oder Strategieideen entwickeln können, betreibt. Dank den Beziehungen der Präsidentin des Supporterclubs konnten die Mitglieder am 16. Oktober einen Blick in die Werkstatt werfen und mehr über das Konzept erfahren. Der Verwaltungsratspräsident Urs Berger kam persönlich vor Ort und informierte über das gesellschaftliche Engagement der Mobiliar. Die Mobiliar Genossenschaft engagiert sich in den Bereichen Prävention und Natur, Unternehmen und Arbeit, Wohnen und Zusammenleben, Kunst und Kultur. Bei einem gemütlichen Nachtessen im Bundesratszimmer des Restaurants Schloss Thun wurde diskutiert und mit Interesse den Ausführungen der Geschäftsführerin der Schlossberg Thun AG, Susanne Kiener, gelauscht.

Auch 2020 stehen interessante Anlässe auf dem Programm. Leider muss der für Freitag, 12. Juni



Innenarchitektur sitem-insel.

2020, geplante Ausflug aufs Stockhorn, mit Blick hinter die Kulisse und einem feinen Nachtessen im Panoramarestaurant wegen dem Coronavirus auf den Freitag, 11. Juni 2021, verschoben werden.

Ein Besuch im sitem-insel zum Thema «Was ist Translationale Medizin?» lohnt sich am Donnerstag, 15. Oktober 2020. Nach der Zeit des Coronavirus wird es interessant sein zu erfahren, wie sich das nationale Kompetenzzentrum, das den Übergang von Forschungsergebnissen oder Prototypen zu marktfähigen Produkten unterstützt, in der Suche nach einem neuen Impfstoff einbringen konnte.

Fühlen Sie sich angesprochen und möchten Mitglied des Supporterclubs werden? Wir freuen uns über Ihre Kontaktaufnahme per E-Mail supporter@fdp-be.ch oder über das Sekretariat der FDP. Die Liberalen Kanton Bern, Neuengasse 20, 3011 Bern.

Corona-Pandemie

Nachgefragt

Der Stadtberner Freisinnige Nik Eugster lancierte mit ein paar Kollegen die Internet-Plattform www.local-hero.ch. Auf der Website können Gewerbebetriebe, die vom Lockdown betroffen sind, ihre Angebote (z. B. Lieferdienste oder Take-away) aufschalten und so einem breiteren Publikum bekannt machen. Täglich wird ein Newsletter mit den Angeboten verschickt. Vor wenigen Tagen wurde zudem ein Programm gestartet, in dem KMUs über die Plattform von «Local Hero» von Grossunternehmen Unterstützung bekommen. Und mittlerweile gibt es «Local Hero» auch in Solothurn, Zürich, Winterthur und Zug.

Nik Eugster, wie seid ihr auf diese Idee gekommen?

Die Einschränkungen des Bundes zur Eindämmung des Coronavirus hatten für viele Gewerbetreibende, Gastronomen und selbstständig Erwerbende einschneidende Folgen. Plötzlich brachen bisherige Geschäftsmodelle und Verkaufskanäle

weg und es mussten in Windeseile Lösungen gesucht werden. Als ich am Folgetag die «Päckliflut» im Eingang meines Wohnblocks gesehen habe und realisierte, dass die meisten von grossen Internethändlern oder sogar aus dem Ausland kamen, wurde mir bewusst, dass was geschehen muss, um die lokale Wirtschaft zu unterstützen. In einem Skype-Call mit meinen Kolleginnen Janine Vultier und Manu Trachsel, mit denen ich bei Radio Energy zusammengearbeitet hatte, kamen wir auf die Idee der Plattform und setzten das Ganze in nur wenigen Stunden um.

Wie sind denn die Reaktionen aus dem betroffenen Gewerbe auf die Plattform? Die sind extrem positiv.

Die Unterstützung durch den Staat ist momentan sicher wichtig, jedoch gibt es auch viele Gewerbetreibende, welche sich selber helfen möchten, indem sie ihr Angebot anpassen, kreativ sind und neue Wege suchen. Ich bin mir bewusst, dass das nicht überall geht. Meine Reisefirma steht momentan auch einfach still. Aber es gibt Branchen und Produkte, welche in angepasster Art sogar gestärkt aus der Krise kommen können. Und da auch wir ein



Nik Eugster

privates Engagement darstellen, wird dieses von solchen Unternehmern sehr gerne angenommen.

Wie vier freisinnige Unternehmer/innen die Corona-Pandemie erleben

<p>Vorname, Name: Firma: Position: Branche:</p>	 <p>Hasan Kurt Restaurant Rathaus, Bern Selbstständiger Gastronom Gastgewerbe</p>	 <p>Nicole Loeb Loeb Holding AG Delegierte des Verwaltungsrates Detailhandel</p>
<p>Seit dem 17. März befindet sich die Schweiz im Corona-Lockdown. Wie erleben Sie diese ausserordentliche Lage ganz generell?</p>	<p>Es ist ein Dämpfer für die Menschheit. Die rasante Entwicklung der letzten Jahrzehnte wurde jäh gebremst. Ich und viele fragen sich, wie es weitergeht.</p>	<p>Alles fühlt sich unwirklich an, aber es ist wirklich; diese Wirklichkeit bringt verschiedenste Herausforderungen bislang unerkannter Art, sei es wirtschaftlich, aber auch auf privater Ebene.</p>
<p>Inwiefern ist Ihre Unternehmung vom Lockdown betroffen?</p>	<p>Sehr betroffen. Unser Betrieb steht im Moment vollständig still.</p>	<p>Wir sind sehr stark davon betroffen. Unsere Läden sind bis auf das Lebensmittelgeschäft geschlossen, entsprechend generieren wir fast keinen Umsatz mehr. Die meisten unserer Mitarbeitenden befinden sich zu Hause mit Kurzarbeit.</p>
<p>Welche Probleme hatten Sie zu Beginn des Lockdowns zu bewältigen? Welche Herausforderungen stellen sich Ihrem Unternehmen Mitte April?</p>	<p>Am Dienstag nach dem Bundesratsentscheid mussten wir alle nicht haltbaren Produkte wegräumen. Es zeigte sich rasch, dass der Aufwand für ein Take-away-Angebot für unseren Betrieb zu gross wäre, Kosten und Nutzen sind unverhältnismässig. Mitte April ist der finanzielle Druck nach wie vor gross, dies bleibt eine Herausforderung.</p>	<p>Es ist aufwendig, ein Unternehmen herunterzufahren. Es wieder in Betrieb zu nehmen, wird wohl eine ähnliche Herausforderung sein. Wir bereiten uns nun darauf vor.</p>
<p>Wie beurteilen Sie die Unterstützungsmassnahmen des Bundes und des Kantons? Inwiefern profitiert Ihre Firma von diesen Hilfen?</p>	<p>Wir konnten rasch und unbürokratisch einen Überbrückungskredit aufnehmen. Auch haben wir Kurzarbeit beantragt, jedoch haben wir bis heute noch keinen Bescheid. Die Unterstützungsmassnahmen sind zufriedenstellend. Ich hätte lieber etwas auf den Kredit gewartet und dafür umgehend Sicherheit betreffend Kurzarbeitsentschädigung erhalten.</p>	<p>Wir sind sehr dankbar für die Möglichkeit der Kurzarbeit. Die fehlenden Umsätze ersetzt uns aber niemand, und es gibt doch noch zahlreiche andere laufende Kosten. Darum wird das Jahr für uns sehr schwierig.</p>
<p>Was erwarten Sie nun von den politischen Entscheidungsträgern?</p>	<p>Links und rechts sollte man jetzt vergessen. Man muss sich auf das Wesentliche konzentrieren und der Situation angepasste, sachliche Lösungen finden.</p>	<p>Für uns ist der wirtschaftliche Schaden enorm. Eine geordnete Exit-Strategie ist nun zentral. Jeden Tag verlieren wir einen sechsstelligen Betrag. Die Innenstädte müssen nun buchstäblich wiederbelebt werden. Hier sind wir auch auf die Politik angewiesen. Der stationäre Handel lebt von Frequenzen.</p>
<p>Irgendwann wird diese Krise vorbei sein. Welche Lehren ziehen Sie persönlich bzw. sollte die Gesellschaft daraus ziehen?</p>	<p>Persönlich war und bin ich immer schon sehr dankbar gewesen, für das, was wir haben. Die Gesellschaft muss bescheidener und weniger egoistisch werden.</p>	<p>Pandemien können wohl auch in Zukunft wieder auftreten. Wir werden besser vorbereitet sein, und der Schaden wird nicht mehr so gross sein.</p>
<p>Alles hat immer zwei Seiten. Was ist das «Positive» an dieser Pandemie bzw. welche Chancen ergeben sich daraus?</p>	<p>Wir sind alle im selben Boot. Alle sind gleich betroffen. Das Coronavirus macht keinen Unterschied zwischen Arm und Reich oder welche Hautfarbe man hat.</p>	<p>Ich staune immer wieder, wie anpassungsfähig wir Menschen sind. Textilunternehmen produzieren neu Gesichtsmasken, Gin-Hersteller fabrizieren Desinfektionsmittel. Wir bieten neu «Teleshopping» an. Die unternehmerische Flexibilität und Kreativität sind enorm. Die Digitalisierung wird sich beschleunigen.</p>

 <p>Daniela Soltermann Peter Soltermann AG Inhaberin, Geschäftsführerin Metallbau, Glasbau</p>	<p><i>Prénom, nom:</i></p> <p><i>Entreprise:</i></p> <p><i>Position:</i></p> <p><i>Branche:</i></p>	 <p>Patrick Röthlisberger PSR mécanique Roethlisberger & Cie Co-directeur Sous-traitance, mécanique de précision</p>
<p>Mit dem Lockdown machte sich eine grosse Verunsicherung breit. Es war nicht klar, in welchem Ausmass weitere Massnahmen folgen würden. Inzwischen scheint die Situation zumindest kurzfristig berechenbar, und auch der Umgang mit dem Virus und den Massnahmen hat sich etabliert.</p>	<p><i>Depuis le 17 mars, la Suisse se trouve dans le confinement Corona. Comment vivez-vous le moment présent de façon générale?</i></p>	<p>En tant qu'indépendant d'une petite entreprise familiale ce n'est pas évident. Nous devons chaque jour affronter de nouvelles situations.</p>
<p>In erster Linie durch die Hygiene- und Abstandsregeln sowie die Arbeitsausfälle bei einigen Angestellten. Als Alternative zum Homeoffice konnten wir Büroarbeitsplätze in unseren derzeit unbenutzten Showroom verlegen.</p>	<p><i>A quel degré votre entreprise est-elle touchée?</i></p>	<p>Dès les annonces début mars du Conseil fédéral, certains de nos grands clients ont fermés les usines. Du coup, nous ne pouvions plus livrer les commandes en cours et devons attendre le milieu du mois d'avril.</p>
<p>Seit der Schweinegrippe waren wir betriebsintern auf eine Pandemie materiell vorbereitet. Dementsprechend gefasst konnten wir damit umgehen und frühzeitig handeln. Die grösste Herausforderung im Moment ist die praktisch unmögliche, betriebliche Kapazitätenplanung. Ausserdem hoffen wir, beim auftragsspezifischen Materialeinkauf von grösseren Engpässen verschont zu bleiben.</p>	<p><i>Quels problèmes avez-vous dû gérer au début de la crise? Quels challenges devez-vous assumer à la mi-avril?</i></p>	<p>Problème d'approvisionnement pour certains outillages, problèmes de délai de livraison de la poste lorsque nous commandions des fournitures. Nous avons aussi dû diminuer drastiquement les dépenses, trouver des solutions avec le paiement du loyer et des machines en leasings. Ce n'était pas la mi-avril qui m'inquiétait, mais les mois suivants.</p>
<p>Ich war positiv überrascht, dass der Bund so viel Mut zur Entscheidung gezeigt und die rasche Umsetzung priorisiert hat. Unser Betrieb profitiert nicht direkt von den Unterstützungsangeboten, da wir erst in Monaten die Folgen aus der Krise spüren werden.</p>	<p><i>Comment jugez-vous les mesures d'accompagnement du Conseil fédéral et du canton? Dans quelle mesure votre entreprise profite-t-elle de ce soutien?</i></p>	<p>Je trouve que les mesures d'accompagnement du Conseil fédéral sont appropriées à la situation. Notre entreprise a bénéficié du prêt de 10% de notre chiffre d'affaire cautionné par la Confédération afin d'avoir des liquidités vu le manque de rentrée d'argent.</p>
<p>Die Darlegung einer Vorwärtsstrategie mit definierten Massnahmen und vorgesehenem Zeitplan.</p>	<p><i>Qu'attendez-vous maintenant des acteurs politiques?</i></p>	<p>Qu'ils continuent de prendre en compte et au sérieux (pour une fois), les indépendants toutes professions confondues; car ils représentent une très grande partie de notre économie et sont trop souvent oubliés.</p>
<p>Konservative Werte bewähren sich. So zum Beispiel «Schulden abbauen, Reserven anlegen», «kaufen statt leasen», «selber machen anstatt outsourcen», «weniger ist manchmal mehr». Aber auch liberale Werte wie die gelebte «Eigenverantwortung» beweisen aktuell, dass diese auch Vorzüge mit sich bringen.</p>	<p><i>Un jour, cette crise sera vaincue: quels enseignements allez-vous retenir pour votre situation personnelle et pour la société en général?</i></p>	<p>Personnellement, il faudra retenir qu'au final l'économie repose trop sur la mondialisation. Nous l'avons clairement constaté avec les produits fabriqués en Chine où certaines entreprises étaient directement impactées par la fermeture de l'appareil de production chinois et n'étaient plus approvisionnées. La société ne devra pas oublier la fragilité du système actuel et pourquoi pas revenir à des valeurs de bases que nous avons mises de côtés.</p>
<p>Das für unsere Generation neue Bewusstsein: Nichts ist selbstverständlich!</p>	<p><i>Une crise a toujours deux visages: quel est l'aspect «positif» de cette pandémie et quels avantages pouvons-nous en retirer?</i></p>	<p>L'aspect positif et le fait qu'une solidarité entre génération a émergée, et ça, c'est nouveau et positif. Nous voyons qu'en nous serrant les coudes on arrive à faire beaucoup de choses que nous n'imaginions même pas.</p>

La Présidente de la Confédération Simonetta Sommaruga avec, de gauche à droite, Vincent Affolter, Grégory Affolter et Nicolas Curty, comité de direction Groupe Affolter.



Madame la Présidente nous rend visite

Jura bernois

Lundi 6 avril 2020, en pleine crise du Coronavirus, Simonetta Sommaruga, Présidente de la Confédération, a fait l'honneur de rendre visite à trois entreprises industrielles du Jura bernois (Zwahlen SA à Court, Sylvac et Affolter à Valbirse).

À cette occasion, le comité de direction du Groupe Affolter a eu le privilège de pouvoir s'entretenir durant 30 minutes en privé avec notre Présidente, ainsi que Dr Sebastian Friess, chef de l'Office de l'économie du canton de Berne.

Ouverte et constructive, la discussion a permis d'évoquer quelques pistes importantes pour l'avenir immédiat de l'économie de notre pays en général et de notre région en particulier.

Au-delà des aspects relatifs au processus de déconfinement notre pays (nous le voulons tous, mais pas au prix d'un retour de la pandémie), il nous est apparu nécessaire de rappeler dans la discussion avec la Présidente quelques éléments essentiels pour l'économie suisse:

- L'outil du chômage partiel reste l'un des meilleurs moyens de promotion économique dont dispose la Suisse. Face à des cycles toujours plus rapprochés et à forte amplitude, le chômage partiel permet aux entreprises industrielles exportatrices de remplir la caisse lorsque les temps sont positifs

et de l'utiliser lors des périodes plus tendues. La crise du Coronavirus en cours démontre, par ailleurs, la pertinence de cet outil au-delà de l'industrie.

- La recherche et le développement constituent des piliers essentiels pour le succès de notre pays. Les investissements dans les activités d'innovation ne doivent pas faiblir lorsque surgit la crise. Notre canton de Berne l'a très bien compris. Dès le début de la crise du Coronavirus, il a mis en œuvre rapidement une mesure concrète de soutien aux entreprises employant du personnel de recherche & développement. Un tout grand bravo pour ce courage politique et ce pragmatisme. Il serait judicieux que la Confédération s'inspire de cette efficacité bernoise.

- La crise sanitaire est en train de se transformer en crise économique. Les échanges internationaux sont fortement freinés, voire complètement bloqués dans certains domaines. Il faudra trouver le moyen de relancer les affaires rapidement et de

manière suffisante sans tarder. Le rôle de la Suisse, avec ses moyens et sa créativité, sera de contribuer à la relance mondiale.

- Les indépendants n'ont, au moment où ces lignes sont écrites, pas été bien traités dans ce pays dans la crise du Coronavirus. Face à cette pandémie et ses conséquences invraisemblables, nous ne pouvons pas laisser sur le bord de la route celles et ceux qui ont pris le risque de l'entrepreneuriat. C'est souvent l'œuvre d'une vie qui est complètement remise en question. Un soutien sérieux et équitable est nécessaire.

La rencontre s'est terminée par un bref point de presse.

Cette crise sans commune mesure nous rappelle à quel point le rôle de l'Etat est important pour le bon développement économique d'un pays. À cet égard, il est essentiel que le PLR intensifie sa présence, au niveau de l'État, dans le soutien à une économie et à une production locales fortes et compétitives. Il est probable que la crise change les règles du jeu qui prévalaient précédemment et impose un nouveau paradigme. À nous d'en saisir les contours.

Nicolas Curty

Président de la section Bas de l'Orval (Valbirse, Sorvilier, Court, Champoz) du Parti libéral-radical et membre de la direction Groupe Affolter, Valbirse

FDP Frauen Kanton Bern

Zeit, um sich die Meinung (neu) zu bilden

Der Bundesrat hat die Volksabstimmung vom 17. Mai ausgesetzt und auf einen späteren Termin verschoben. Das bietet in der gegenwärtigen Corona-Krise Gelegenheit, die Vorlagen noch einmal gründlich zu hinterfragen und sich eine Meinung im neuen Umfeld zu bilden.

Von der Corona-Krise wird selbst unsere direkte Demokratie nicht verschont. Am 17. Mai hätte die Stimmbevölkerung über die SVP-Kündigungsinitiative, das Referendum gegen das Jagdgesetz und das Referendum gegen die höheren Steuerabzüge bei der direkten Bundessteuer für Kinderfremdbetreuung und für Kinder generell beschliessen sollen.

Der Bundesrat begründet die Suspendierung der Volksabstimmung vom 17. Mai mit den mangelnden Möglichkeiten der vorgängigen Meinungsbildung. Die Frage ist jedoch, wie viele Leute legen aufgrund von Podiumsdiskussionen im Restaurant Löwen, Kreuz oder Bären sowie aufgrund von Parteiversammlungen und ihren daraus resultierenden Parolen ihre Meinung zu Abstimmungsvorlagen fest? Das dürfte ein kleinerer Teil der aktiven Stimmbevölkerung sein. Vielmehr interessieren uns Bürgerinnen und Bürger das Abstimmungsbüchlein, die Beiträge und Diskussionen in den Medien und natürlich im digitalen Zeitalter der rund um die Uhr stattfindende Meinungs austausch auf den Social-Media-Kanälen. Aus dieser Perspektive ist die Verschiebung des Abstimmungstermins nicht nachvollziehbar, denn die Meinungsbildung (nicht nur zu Abstimmungsthemen, sondern zu allen möglichen relevanten und irrelevanten Themen) hat gerade in diesen Krisenzeiten neuen Raum und Zeit in unserem Leben eingenommen. Klar ist: die Digitalisierung macht auch vor unserer Demokratie nicht halt und wir sollten die Möglichkeiten von E-Voting endlich nutzen und innovativ mit digitalen Kommissionssitzungen auf Bundesebene vorangehen.

Die Meinung zur SVP-Kündigungsinitiative war schon lange vor der Krise weitgehend gemacht. Aus liberaler Sicht ist klar, dass die Initiative die Schweiz auf den europapolitischen Stand nach dem EWR-Nein zurückwerfen würde, da sie nicht nur die Personenfreizügigkeit aussetzen will, sondern alle für die Wirtschaft wichtigen Markt Zugangsabkommen der «Bilateralen I» zum europäischen Binnenmarkt aufs Spiel setzt. Die Personenfreizügigkeit hat sich bewährt, und die Schweiz hat davon massiv profitiert – seit ihrer Einführung im Jahr 2002 ist das Medianeinkommen eines schweizerischen Haushalts um ein Jahresgehalt (!) gewachsen. Der Wohlstandszuwachs dank Personenfreizügigkeit und Bilateralen I ist also enorm und dürfte einer breiten Bevölkerung einleuchten.

Die FDP wird sich in den bevorstehenden Wochen und Monaten weiterhin mit aller Überzeugung gegen diese schädliche SVP-Kündigungsinitiative engagieren, die einen europapolitischen und wirtschaftlichen Scherbenhaufen anrichten und zusätzliche Rechtsunsicherheiten und Wohlstandsverluste generieren würde. Dieses gefährliche Spiel mit unserem Wohlstand ist gerade auch in diesen schwierigen Zeiten nicht gefragt!

In Krisenzeiten bieten sich bekanntlich auch Chancen, und dazu zählt das Überdenken der Steuerabzugsvorlage für fremdbetretene Kinder und vor allem die Erhöhung des Kinderabzugs generell bei den direkten Bundessteuern.

Die FDP-Frauen haben gejubelt, als der Bundesrat die Notwendigkeit der Erhöhung der Kinderabzüge für fremdbetretene Kinder bei den direkten Bundessteuern von jährlich 10 500 Franken auf 25 000 Franken hinaufgesetzt hat. Endlich schien eine langjährige Forderung von uns in Griffnähe, die v. a. erwerbstätige Mütter nicht unnötigerweise aus steuerlichen Gründen vom Arbeitsmarkt fernhält respektive ihre Arbeitspensen tiefer hält, als sie dies selber wünschen. Denn leider ist es immer noch oft so, dass sich ein zusätzliches ausserfamiliäres Erwerbseinkommen des zweiten Erwerbs-Elternteils (und das sind in den allermeisten Fällen die arbeitstätigen Mütter) kaum lohnt, da dieses für die familienexterne Kinderbetreuung und durch die zusätzliche Steuerbelastung eines verheirateten Ehepaars wieder aufgebraucht wird.

Die ursprüngliche Vorlage des Bundesrats mit der Erhöhung der Fremdbetreuungskosten bei den direkten Bundessteuern auf 25 000 Franken pro Jahr hätte den Bundeshaushalt rund 10 Mio. Mindereinnahmen gekostet. Während der parlamentarischen Beratung fand jedoch ein Antrag von CVP-Nationalrat Philipp Kutter eine spontane Mehrheit (insbesondere auch bei den SVP-Parlamentariern nach ihrer an der Urne gescheiterten «Familien-Initiative»), wonach zusätzlich der generelle Kinderabzug bei den Bundessteuern von 6500 Franken auf 10 000 Franken erhöht werden sollte. Dieser zusätzliche Steuerausfall in den Bundesfinanzen wurde seitens des SVP-Finanzministers Ueli Maurer warnend mit über 350 Mio. Franken Steuerausfällen pro Jahr beziffert. Zudem kritisierte er zu Recht, dass keine Vernehmlassung stattgefunden

habe und die Kantone von den minderen Steuereinnahmen ebenfalls betroffen seien.

Die FDP-Fraktion sah sich angesichts der (sturen) Mehrheiten in beiden Räten mit dem Dilemma konfrontiert, ob wir der «reinen Lehre» folgen und die Steuervorlage ablehnen sollen, obwohl die FDP-Frauen die Erhöhung der steuerlichen Abzüge für die familienexterne Kinderbetreuung seit Jahren auf ihrer politischen Agenda haben, oder ob wir die wirtschaftlichen Leistungsträgerinnen und -träger unserer Gesellschaft generell steuerlich entlasten wollen. Letztere Meinung hat obsiegt, und in der Schlussabstimmung habe ich mich genau wegen dieses Dilemmas enthalten. Auch die FDP-Frauen Schweiz haben nach der Diskussion all dieser Argumente eine Stimmfreigabe beschlossen.

Inzwischen bin ich der Meinung, dass es nützlich wäre, der Vorlage per Referendum (das zwar von der SP und unschön begleitet mit klassenkämpferischen Parolen kommt) ein Absage zu erteilen und gleichzeitig eine parlamentarische Initiative einzureichen, die die ursprüngliche Absicht wieder aufnimmt: nämlich einen Steuerabzug für familienexterne Kinderbetreuung bei den direkten Bundessteuern auf 25 000 Franken vorzusehen. Das dauert zwar etwas länger, ist aber viel zielführender für die dringliche (Wieder-)Integration von Müttern in den Arbeitsmarkt. Auch in einer wirtschaftlichen Krise dürfen die erwerbstätigen Frauen und Mütter nicht zu einer arbeitsmarktlichen Manövriermasse verkommen!

Die gerechteste Besteuerung bleibt weiterhin die Individualbesteuerung, wonach die meisten negativen steuerlichen Erwerbsanreize beseitigt würden. Sie schafft (endlich!) gleiche Anreize für Mann und Frau, erwerbstätig zu sein, und beseitigt finanzielle Nachteile gerade für (Teilzeit-)erwerbstätige Frauen.

Zusammen mit 103 mitunterzeichnenden Nationalrätinnen und Nationalräten – also einer Mehrheit der grossen Kammer – aus fast allen Parteien habe ich im Juni 2019 eine diesbezügliche Motion 19.3630 «Individualbesteuerung endlich auch in der Schweiz einführen» eingereicht, doch der Bundesrat hat eine Ablehnung beantragt, da er ein eigenes steuerliches Entlastungsprojekt zur «Beseitigung der Heiratsstrafe» aufgegleist hatte. Dieses wurde inzwischen wohlweislich von beiden Räten an den Bundesrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, mittels Individualbesteuerung die stossende «Heiratsstrafe» zu eliminieren.

Die Pandemie gibt uns also auch Zeit, wie wir intelligente und effektiv wirkende Steuerentlastungen besser ausgestalten können. Manchmal braucht es zwei Anläufe, damit das Resultat gut wird.

Christa Markwalder
Nationalrätin, Burgdorf



Wir wollen die AHV retten!

Jungfreisinnige Kanton Bern

Wir Jungfreisinnigen wünschen uns eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge. Deshalb haben wir letzten Herbst die Renteninitiative, die darauf abzielt, die AHV langfristig zu sichern, lanciert. Damit es uns gelingt, die benötigten 100 000 Unterschriften zu erreichen, sind wir auch auf Unterstützung ausserhalb unserer Jungpartei angewiesen. Die Delegierten der FDP Schweiz haben uns an der Versammlung vom 11. Januar 2020 ohne Gegenstimme ihre Unterstützung bei der Unterschriftensammlung zugesichert. Damit dieses Gemeinschaftsprojekt gelingt, benötigen die Jungfreisinnigen Kanton Bern Ihre Unterstützung – denn nur gemeinsam können wir genügend Unterschriften sammeln und die Renteninitiative vors Volk bringen.

Hintergrund für die Lancierung der Initiative ist, dass sich die Finanzierung der AHV seit 2014 zunehmend verschlechtert hat. Dies hängt unter anderem mit der steigenden Lebenserwartung der Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger zusammen. Seit Einführung der AHV im Jahr 1948 blieb das Rentenalter der Männer bis heute unverändert bei 65 Jahren. Die Lebenserwartung hingegen stieg um knapp 8 Jahre, diejenige der Frauen sogar um über 9 Jahre. Dies führt dazu, dass sich die Bezugszeit der Renten seit 1948 fast verdoppelt hat. Gleichzeitig gab es seit 1964 einen stetigen Abwärtstrend

in der Geburtenrate. Die geburtenstarke Babyboomer-Generation geht in den nächsten Jahren in die Rente. In einem Vorsorgesystem, welches im Umlageverfahren finanziert wird – d.h. bei welchem die laufenden Verpflichtungen mit den laufenden Einnahmen finanziert werden – bedeuten längere Rentenbezüge und gleichzeitig weniger einzahlende Erwerbstätige ein finanzielles Ungleichgewicht.

Vor 60 Jahren finanzierten etwa 6 Erwerbstätige die Rente einer Person – heute sind es nur noch 3,4. Aufgrund der demografischen Veränderungen werden es in 30 Jahren nur noch 2 Erwerbstätige sein. Diese Ausgangslage verdeutlicht die prekäre Situation und die Notwendigkeit einer Anpassung der aktuellen Gesetzeslage, welche in keinem Verhältnis zur heutigen Realität steht.

Um diese Problematik zu entschärfen, ist eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters unabdingbar. Unsere Initiative fordert, dass in einem ersten Schritt das Rentenalter der Frauen bis 2032 demjenigen der Männer angeglichen und gleichzeitig bis 2032 auf 66 Jahre erhöht werden soll. Danach würde das Rentenalter mit der Lebenserwartung verknüpft. Damit die jährlichen Erhöhungsschritte nicht zu stark ausfallen, darf das Rentenalter pro Jahr maximal um 2 Monate steigen.

Zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass dies keinesfalls ein Schweizer Phänomen darstellt. Auch

viele andere europäische Länder kämpfen aufgrund der steigenden Lebenserwartung und sinkenden Geburtenraten mit einer Schieflage des Vorsorgesystems. Die Niederlande und Dänemark haben dieser Problematik mit einer schrittweisen Anpassung des Rentenalters und einer anschließenden Verknüpfung an die Lebenserwartung entgegengewirkt.



Laura Bircher

Helfen Sie mit, die AHV zu retten! Wenn jede Berner Sektion nur eine Unterschriftenaktion durchführt und jedes Mitglied lediglich im Familienkreis Unterschriften sammelt, bedeutet dies für uns bereits eine riesige Entlastung. Momentan besteht aufgrund des Coronavirus ein temporärer Sammelstopp – danach sind wir aber mehr denn je auf die Unterstützung der FDP-Mitglieder angewiesen.

Laura Bircher
Vizepräsidentin Jungfreisinnige Kanton Bern

Laura Bircher, 1990, studierte an der HSG Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und arbeitet zurzeit als Rechtsanwältin sowie als wissenschaftliche Assistentin/Doktorandin an der Universität Bern. Politisch engagiert sie sich auf kommunaler Ebene im Grosse Gemeinderat und im Ausschuss für Kinder- und Jugendfragen der Gemeinde Muri b. Bern. Zudem ist sie Wahlkampfleiterin und Parteileitungsmitglied der FDP Muri-Gümligen und Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen Kanton Bern.

Digitale FDP-Stammtische trotz Corona

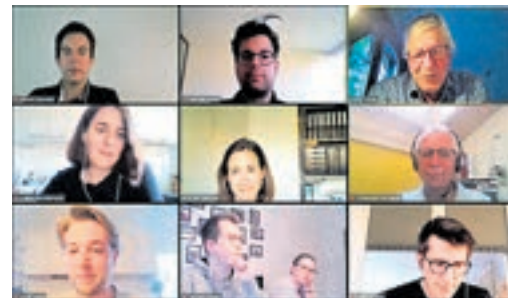
Aus Krise mach Chance!

Das Coronavirus stellt uns alle vor neue und grosse Herausforderungen. Unsere Leben haben sich verändert, Geschäfte sind geschlossen, zwischenmenschliche Kontakte werden auf das Nötigste eingeschränkt. Auch Stammtische, die einen festen Platz in der Schweizer Politikultur hatten, an denen informiert und debattiert wurden, finden wegen Corona nicht mehr statt. Hier schaffen wir mit digitalen Stammtischen Abhilfe und machen aus der Krise eine Chance.

Wegen Corona treffen sich die Leute nicht mehr, das Diskussions- und Informationsbedürfnis leidet. Doch gibt es auch Chancen. Der Schriftsteller Max Frisch sagte es so: «Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.» Er hat damit Recht. Wie in jeder Krise gibt es auch hier positive Nebeneffekte, beispielsweise auf beruflicher Ebene: Die Agenda lässt mehr Zeit für strategisches Denken, da Termine annulliert werden und an Videomeetings nur das Wichtigste diskutiert wird. Und wir sind gezwungen, kreativer und effizienter zu arbeiten. Plötzlich entdecken wir neue Organisationsmöglichkeiten. Arbeiten im Homeoffice wird selbst dort möglich, wo es noch vor wenigen Wochen undenkbar war.

Die digitalen Stammtische funktionieren gut

Alles das, was bis vor wenigen Wochen noch mit «Geht nicht!» abgestempelt wurde, funktioniert auf einmal doch, muss auf einmal funktionieren. Und auch beim Stammtischproblem haben wir mit einer intelligenten Lösung Abhilfe geschaffen. Seit Beginn des Lockdowns bietet die FDP einen unkomplizierten, menschlichen und politischen digitalen Austausch. Wir organisieren digitale Stammtische, an denen Personen miteinander politisieren können. Die Rededisziplin ist erstaunlich hoch sowie auch der Umgang mit den unterschiedlichen Argumenten sehr respektvoll, was mich als Leiterin eines solchen Stammtisches positiv überraschte.



An den digitalen Stammtischen via Zoom nehmen regelmässig Dutzende Interessierte teil.

Für mich wie auch für einige Teilnehmende war es der erste Videocall, an welchem sie teilnahmen. Doch das spielte keine Rolle, denn die Hürden waren schnell abgebaut – die momentan anspruchsvolle Situation erlaubte uns, der Digitalisierung mutig zu begegnen, wie es bis vor kurzem noch undenkbar gewesen wäre. Die vielen Sichtweisen auf die unterschiedlichsten Themen riefen mir zudem in Erinnerung, dass wir die politische Debatte mehr schätzen sollten, denn sie ist nicht selbstverständlich und ist gerade in Krisen auf dem Prüfstand. Gerne werde ich mich wieder an den digitalen Stammtisch setzen, eine Übersicht über die nächsten Stammtische finden Sie in der Agenda auf der FDP-Website.

Maja Riniker, Nationalrätin AG

Der Einsatz unserer Basis während Corona

Gemeinsinn in Aktion

Viele FDP-Mitglieder und Jungfreisinnige engagieren sich in dieser schwierigen Zeit für die Gemeinschaft. Wir zeigen einige schöne Beispiele des gelebten Gemeinsinns aus unserer Basis.

Jede und jeder von uns kann in diesen schwierigen Zeiten mithelfen, damit wir als Gesellschaft die Corona-Krise möglichst gut überstehen. An erster Stelle stehen natürlich: zu Hause bleiben, Hygieneregeln befolgen und genügend Distanz zum Gegen-

über einhalten. Viele unserer FDP-Mitglieder haben aber noch andere kreative Wege gefunden, um zu helfen: So haben etwa Nicole Nüssli-Kaiser und Rico Berchtold von der FDP Basel-Landschaft gemeinsam eine App für ihre Gemeinde Allschwil

entwickelt, die dem lokalen Gewerbe eine Plattform und den Kunden Übersicht sowie Information bietet – eine wichtige lokale Stütze in der Krise. Viele Jungfreisinnige und FDP-Mitglieder erledigen für Risikogruppen den Einkauf. Der Lenzburger FDP-Stadtrat Andreas Schmid ist mit einem Spitalbataillon der Armee gegen Corona im Einsatz, und Nicolas Rimoldi sorgt in der Migros dafür, dass die Menschen auch in der Krise mit allem Nötigen versorgt sind. Diese Freisinnigen stehen stellvertretend für alle Menschen, die sich jetzt täglich und unter schwierigen Bedingungen für das Gemeinwohl engagieren. Das ist Gemeinsinn. Wir sind stolz auf jeden Einzelnen und sagen Danke!



Nicolas A. Rimoldi in der Migros.



Nicole Nüssli-Kaiser mit der entwickelten App.



Andreas Schmid, Kommandant der Spit Stabskp 66, im Aktivdienst gegen Corona.



Auch die FDP Lugano ist für Risikogruppen unterwegs.



unus pro omnibus – omnes pro uno

Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen

Die Schweiz durchlebt schwierige Wochen, und schwierige Monate stehen uns noch bevor. Mehr denn je ist die FDP gefordert – wir übernehmen gerade in solchen Zeiten Verantwortung, leben den Gemeinssinn und sorgen für Fortschritt. Ich beleuchte im Folgenden verschiedene Aspekte der Corona-Krise.

Wir erleben momentan so denkwürdige wie schwierige Wochen. Die Schweiz, wir alle, sind mit der grössten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert. Der Bundesrat hat am 16. März die ausserordentliche Lage gemäss Epidemienengesetz ausgerufen, worauf das öffentliche Leben in der Schweiz grossteils heruntergefahren wurde. Geschäfte, Restaurants, Schulen mussten vorübergehend schliessen.

Das Leid und die Verunsicherung werden noch andauern. Die vom Bundesrat getroffenen Mass-

nahmen waren und sind zwar richtig, aber sie bedeuten auch einen gewaltigen Einschnitt in unser privates Leben, in unsere Freiheit und in vielen Fällen auch in unser Einkommen. Klar ist aber auch, dass es jetzt eine Strategie braucht, wie wir aus dieser Situation wieder herauskommen.

Existenzen stehen auf dem Spiel

Das zeigen auch die vielen Kontakte mit Menschen, die ich seit Beginn der Krise über Mail oder Telefon hatte. Zum Teil spürt man Ungläubigkeit, zum Teil Unverständnis über die Tragweite der Massnahmen, aber vor allem immer viel Verunsicherung. An erster Stelle steht die unmittelbare Sorge um die Gesundheit von Familie, Freunden und Liebsten. Aber nach und nach drängen nun auch Sorgen um die Folgen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stillstands an die Oberfläche: Wann wird das Leben wieder in «geordnete Bahnen» zurückkehren? Komme ich finanziell und wirtschaftlich über

die Runden? Was mache ich mit meinen Angestellten, für die ich in all den Jahren ein fürsorglicher und fairer Chef war? Viele Menschen werden nun von existenziellen Fragen geplagt.

Wir können noch immer nicht vollständig absehen, wie sich die Situation weiterentwickeln wird. Der Bundesrat hat bisher richtig gehandelt. Er ist aber jetzt gefordert, unmissverständlich und klar aufzuzeigen, wann und wie wir unser Land wieder in eine normale Lage zurückführen können. Anfang April habe ich gefordert, dass Schulen und Geschäfte – unter zwingender Einhaltung der geltenden Hygiene- und Abstandsregeln – so bald wie möglich wieder geöffnet werden sollen. Wichtig ist auch, dass das Parlament seine Arbeit bald wieder aufnehmen kann. Trotzdem: Unsicherheit wird uns in den kommenden Monaten weiterhin begleiten. Daraus müssen und werden wir das Beste machen.

Der Mensch im Fokus

In unserer Bundesverfassung steht geschrieben: «Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen.» Die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft sind vom neuen Coronavirus besonders bedroht. Deshalb müssen wir alle für eine bestimmte Zeit auf viele unserer gewohnten Freiheiten verzichten, auch wenn uns dies manchmal schwerfällt. Dabei dürfen wir nie aus den Augen verlieren, dass es primär darum geht, unser Ge-

Corona hat auch die Produktion dieser «Freisinn»-Ausgabe beeinflusst. Der Redaktionsschluss war am 8. April und entsprechend mussten die Texte in Unkenntnis der weiteren Entwicklung verfasst werden. Wir bitten Sie um Verständnis. Bleiben Sie gesund!

sundheitssystem vor dem Kollaps zu bewahren. Jetzt ist Gemeinsinn gefragt. Das Wohl der Schwachen steht im Vordergrund. Wir alle müssen unsere Verantwortung übernehmen, denn das sind wir unseren Mitmenschen schuldig. Nicht umsonst prangt in der Kuppel des Bundeshauses die Inschrift «unus pro omnibus – omnes pro uno» – «Einer für alle – alle für einen». Daher freut es mich besonders, zu sehen, dass überall in der Bevölkerung und gerade auch in unserer Basis grossartige und innovative Aktionen entstehen, um sich gegenseitig zu helfen. Das ist gelebter Gemeinsinn.

Verantwortung auf allen Ebenen

Die Verantwortung tragen wir aber auch auf einer anderen Ebene. Der Bundesrat hat zugesichert, dass er allen Betroffenen schnell und unbürokratisch finanzielle Hilfe zukommen lassen wird. Auch den selbstständig Erwerbstätigen und den geschäftsführenden Inhabern von Klein- und mittelgrossen Unternehmungen. Hier kann auch der Kanton eine wichtige Funktion übernehmen und gezielt Hilfe leisten, wo es trotz der Unterstützung des Bundes nötig sein wird. Und es gibt noch eine Solidarität, die mindestens so wichtig ist: Wir sollten nach Möglichkeit darauf verzichten, uns online mit Konsumartikeln aus dem Ausland einzudecken. Es lohnt sich zu warten, bis unsere Einzelhändler und regionalen Geschäfte wieder öffnen. So kann jeder Einzelne dabei helfen, diese Krise zu bewältigen.

Rasche und unbürokratische Hilfe für alle Betroffenen ist unbedingt notwendig. Glücklicherweise leben wir in einem Land, in dem wir diese Hilfe leisten können, weil genügend Geld vorhanden ist – auch deshalb, weil die Schweiz dank der freisinnigen Idee der Schuldenbremse ihre Finanzen gut im Griff hat. Das ist jetzt überlebenswichtig und sollte gleichzeitig eine Warnung an all jene sein, die sich nun für bedingungslose Grundeinkommen und andere sozialistischen Träumereien stark machen. Auch eine Warnung haben jene erhalten, welche die Armee abschaffen wollen, führt uns die Krise doch schonungslos vor Augen, wie dringend wir auf eine funktionierende Milizarmee angewiesen sein können. Auch die Abschottungsfantasien von rechtskonservativer Seite wurden entlarvt. Denn wir sehen nun ganz konkret, welche immensen Kosten geschlossene Grenzen nach sich ziehen.

Vorwärtsstrategie ist alternativlos

Klar ist: Corona wird eine wirtschaftliche Krise nach sich ziehen, die wir in diesen Dimensionen bisher nicht kannten. Um den innovativen, starken Wirtschaftsstandort Schweiz so schnell wie möglich wieder aufbauen zu können und alle Menschen wieder mit Arbeitsplätzen und besten Perspektiven auszurüsten, braucht unser Land zuerst eine Ausstiegsstrategie (siehe Box) und dann eine wirtschaftliche Vorwärtsstrategie. Bereits letzten

Die Ausstiegsstrategie der FDP, präsentiert am 15. April 2020

- **Testing und umfassender Schutz** von gefährdeten Gruppen
- **Effizienz und Flexibilität im Gesundheitssystem** in und nach der Krise
- **Digitalisierung** in allen Bereichen
- Der Bund nimmt in seiner Regulierung **Rücksicht** auf kantonale und regionale Gegebenheiten
- **Bewegungsfreiheit an der Grenze**
- Kinderbetreuung sicherstellen und **Schulen wiedereröffnen**
- **Geschäfte** unter Einhaltung der Hygieneregeln **wieder öffnen**
- **Massnahmen des Bundes weiterentwickeln:** Rasche finanzielle Unterstützung für Härtefälle unter den indirekt betroffenen selbstständig Erwerbenden. Missbräuche bei Krediten verhindern und prioritäre Rückführung der Hilfskredite sicherstellen.
- **Langfristige Massnahmen**, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen: Konsequente Umsetzung der **FDP-Vorwärtsstrategie** vom August 2019. Langfristig braucht die Schweiz zudem eine vorausschauende Steuerstrategie.

Mehr Informationen auf www.fdp.ch/coronavirus

August haben wir eine solche vorgestellt: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Digitalisierung sind konsequent zu stärken, Wettbewerbsnachteile abzuschaffen und der bilaterale Weg muss gesichert werden. Das ist kein «nice to have», sondern eine Frage der Verantwortung gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern.

Jeder Einzelne gestaltet mit

Diese ausserordentliche Situation wird uns in verschiedenster Hinsicht prägen, und die Aufarbeitung wird viele wichtige Lehren bereithalten: Seitens Politik werden wir uns zum Beispiel ernsthaft mit dem Epidemien Gesetz oder den Pflichtlagern auseinandersetzen müssen. Und wir haben die Digitalisierung voranzutreiben, gerade auch beim Bund. Auf individueller Ebene werden viele Menschen feststellen, dass ihnen Homeoffice eine neue Welt eröffnet,

die sie zu mehr Kreativität führt. Andere werden merken, dass sie für ihr Leben einen anderen Inhalt wünschen. Und wieder andere werden dankbar sein, sich einfach in ihrem gewohnten Leben wiederzufinden. Aber eines finde ich am allerwichtigsten: Jeder Einzelne von uns gestaltet die Gemeinschaft und unser gemeinsames Leben mit. Manchmal müssen wir uns zwar Weisungen fügen, die in ihren Auswirkungen nicht immer angenehm sind. Aber wenn wir im Kleinen dafür sorgen, dass wir die Ziele erreichen, gelingt uns das auch im Grossen und in der Gemeinschaft. Das ist Leadership, das im Kleinen anfängt und im Grossen Früchte trägt. Von diesen werden wir alle profitieren können.

Petra Gössi, Küssnacht
Nationalrätin und Parteipräsidentin
FDP.Die Liberalen



Hoffentlich bald wieder Realität ohne Social Distancing: Petra Gössi im Gespräch an einem Tag der FDP.

Gemeinsam gegen die Krise

So erleben unsere Bundesräte Corona

In der Corona-Krise stehen auch unsere freisinnigen Bundesräte an vorderster Front. Im schriftlichen Interview erzählen Karin Keller-Sutter und Ignazio Cassis, wie sie damit persönlich umgehen und in welchen Bereichen sie nun ganz besonders gefordert sind.

Wie betreffen Sie die Einschränkungen wegen Corona persönlich?

BR Ignazio Cassis (IC): Auf der familiären Ebene gibt es spürbare Einschränkungen: Zwischenmenschliche Kontakte sind rar geworden, mit meiner Mutter darf ich nur noch telefonieren. Aber wie in jeder Krise gibt es auch positive Nebeneffekte, insbesondere auf beruflicher Ebene: Die Agenda lässt mehr Zeit für strategisches Denken, da Termine annulliert werden. Und wir sind gezwungen, kreativer und effizienter zu arbeiten. Plötzlich entdecken wir neue Organisationsmöglichkeiten.

BR Karin Keller-Sutter (KKS): Auch mein Leben hat sich sehr verändert. Meine persönlichen Kontakte habe ich auf das Nötigste eingeschränkt, und Sitzungen finden praktisch ausschliesslich über Skype statt. Es gibt eine Ausnahme: Der Bundesrat trifft sich wie üblich zu seinen Sitzungen, wobei er die BAG-Empfehlungen berücksichtigt. Die Corona-Krise beschäftigt mich und die anderen Mitglieder des Bundesrates fast rund um die Uhr. Und die Si-

tuation kann sich sehr schnell verändern: Was heute noch gewiss scheint, kann morgen schon völlig überholt sein. Das spüren wir alle im Bundesrat.

Woran arbeiten Sie zurzeit am intensivsten?

IC: Im Bundesrat arbeiten wir ständig an Lösungen für den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung und der Wirtschaft unseres Landes. Auch der Alltag in meinem Departement ist anders: Wir haben einen Krisenstab, rund 80 Prozent der Leute sind im Homeoffice. Viele Mitarbeitende im Ausland müssen wegen der Corona-Krise zum Teil unter noch schwierigeren Verhältnissen als üblich arbeiten. Wir setzen alles daran, um Tausende Schweizer nach Hause zu holen sowie um die nötigen Warentransporte und die Bewegungsfreiheit von Grenzgängern sicherzustellen, insbesondere in sensiblen Bereichen wie dem Gesundheitssystem. Darüber hinaus pflegen wir den Kontakt mit anderen Ländern, um uns gegenseitig zu unterstützen und globale Lösungen für die Krise voranzubringen.

KKS: Mein Departement ist stark gefordert. Wir haben wichtige Entscheide wie die Grenzschiessungen vorbereitet und sind in alle rechtlichen Fragen rund um die Covid-Verordnung involviert. Zudem ist für mich als EJPD-Vorsteherin zentral, dass die Kernfunktionen der Institutionen, der Justiz, des Asylsystems aufrechterhalten bleiben. Wichtig ist für mich auch, dass wir gestützt auf Fakten und mit Augenmass über notwendige Massnahmen entscheiden. Die Einschränkungen dürfen nicht weitergehen als nötig. Dafür setze ich mich ein. Für mich als liberale Bundesrätin ist es nicht einfach, die Freiheit der Menschen so stark einzuschränken. Aber wir befinden uns in einer «ausserordentlichen Lage» und müssen die Menschen in unserem Land schützen. Der Staat, die Gesellschaft, wir alle müssen stark sein und uns auf das gemeinsame Ziel konzentrieren.

Was hat Sie in den letzten Wochen besonders berührt?

IC: Mich beeindruckt die Fähigkeit der Bevölkerung, verantwortlich und solidarisch zu reagieren. Mich berührt die interkantonale Solidarität trotz der unterschiedlichen Betroffenheit durch die Pandemie. Aber auch die kollektive Schwierigkeit, eine rationale Sicht der Krise beizubehalten und über verhältnismässige Massnahmen zu entscheiden.

KKS: Es berührt mich sehr, wie verantwortungsvoll unser Land diese Krise angeht. Ich war im Rheintal am Grenzübergang Au und habe die Firma SFS besucht. In dieser Exportregion arbeiten viele Grenzgänger. Hier sieht man ganz konkret, wie wichtig das Zusammenspiel zwischen Gesundheit, Grenzkontrollen und Arbeitsplätzen ist. Besonders nahe geht mir auch die Schliessung der vielen Geschäfte. Ich bin selbst in einem Restaurant aufgewachsen und weiss, was das für die eigene Existenz bedeutet. Die Konsequenzen für die Wirtschaft sind schon heute gravierend. Ich bin aber überzeugt, dass unser Land die Stärke hat, um die Krise zu meistern.



BR Ignazio Cassis an einer Medienkonferenz im Tessin.



Karin Keller-Sutter am Grenzübergang Au SG.



Netzwerk für Krisenlagen

Ein Vorschlag beyond Corona

In ausserordentlichen Lagen kommen plötzlich neue und grosse Herausforderungen in verschiedensten Bereichen auf uns zu – so auch bei Corona. Umso wichtiger wäre die Schaffung eines wissenschaftlichen Netzwerks, das Wissen und Know-how bündelt und Entscheidungsgrundlagen für die Behörden zur Verfügung stellen kann.

Die Corona-Krise wirft viele gesundheitsrelevante Fragen auf, gefolgt von Herausforderungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Generell macht uns diese Krise bewusst, dass wir einerseits funktionierende Notorganisationen brauchen und haben, andererseits auf wissenschaftliche Erkenntnisse angewiesen sind. Hier geht es um viel mehr als um Epidemiologie, nämlich um Erkenntnisse für ausserordentlichen Lagen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat. Das in der Schweiz hohe Forschungsniveau mit vielen hervorragenden Institutionen hat das Potenzial, einen wichtigen Beitrag zu leisten – beyond Corona.

Wissenschaftliche Task-Force

Um dieses Potenzial zu nutzen, hat der Bundesrat Ende März 2020 ein wissenschaftliches Beratungsgremium (Task-Force) eingesetzt, in welchem die ganze Hochschullandschaft mit Forscherinnen und Forschern vertreten ist. Dieses konzentriert sich primär auf die Gesundheitsaspekte rund um Covid-19. Das, was der Bundesrat zur einberufenen Task-Force zu Covid-19 erklärt, kann allgemeine Geltung für andere Krisenlagen beanspruchen (aus

der Medienmitteilung vom 31. März 2020): «Die Schweizer Wissenschaftsgemeinschaft hat ein hohes Potenzial, den Ausgang dieser Krise positiv zu beeinflussen, sei es durch Forschung, Bildung oder Wissenstransfer.»

Wissenschaftliches Know-how für ausserordentliche Lagen

Je länger die Krise dauert, desto mehr kommen wirtschaftliche und soziale Frage- und Problemstellungen auf. Es sind Herausforderungen, bei welchen wir auf gesicherte Erkenntnisse, Grundlagenforschung, praxisorientierte Forschung und das Zusammenwirken von Wissenschaft, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft angewiesen sind. Die wissenschaftlichen Fragestellungen gehen also

weit über Fragen der Epidemiologie und Gesundheit hinaus – also auch insofern beyond Corona. Der Bedarf an wissenschaftlich fundiertem Know-how wurde nun durch ein Virus und die damit verbundene Krise ausgelöst. Auslöser können aber auch Naturereignisse, Kriege oder andere Katastrophen sein. Auf staatlicher Ebene wird jeweils von ausserordentlicher Lage gesprochen. Wie erwähnt, stellen sich existenzielle Fragen auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene, welche besondere Massnahmen und Verhalten erfordern.

Künftiges interdisziplinäres Netzwerk

Aus diesen Gründen braucht es gebündelte Kompetenzen und wissenschaftlich basierte Grundlagen – interdisziplinär und für alle ausserordentlichen Lagen. Diese als Entscheidungsgrundlagen für Be-



Matthias Michel: «Wissenschaftlicher Austausch ist gerade in Krisenlagen wichtig.»

hörden zu erarbeiten und nach Bedarf weitere Aufträge entgegenzunehmen, wäre die Aufgabe eines festen Netzwerks oder Kompetenzzentrums. Vorstellbar ist einerseits ein Grundauftrag des Staates oder einer im Zusammenwirken mit Privaten (Public Private Partnership), welcher präventiv Erkenntnisse für verschiedene ausserordentliche Lagen bereitstellt und andererseits ein erweiterter Auftrag, um je nach aktuellem Bedarf das nötige Know-how schnell und nach jeweiliger Situation schwerpunktmässig anzubieten. Unter Einbindung aller forschenden Institutionen unseres Landes wäre dieses Netzwerk oder Kompetenzzentrum nicht erst im Notfall ad hoc zu bilden, sondern es wäre eine bestehende Plattform, auf welche rechtzeitig zurückgegriffen werden kann.

Matthias Michel, Ständerat, Zug

«Hier geht es um viel mehr als um Epidemiologie, nämlich um Erkenntnisse für ausserordentliche Lagen in Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.»



Vorwärtsstrategie ist alternativlos

Wie die Schweiz aus der Krise findet

Die Auswirkungen des Coronavirus auf die Schweiz sind schwerwiegend. Auch wenn die gesundheitlichen Risiken hoffentlich bald eingedämmt sind, warten massive längerfristige Herausforderungen auf uns: die immensen Folgen für Wirtschaft und Wohlstand. Um möglichst schnell aus der Krise zu finden, braucht die Schweiz eine konsequente Vorwärtsstrategie.

Die Folgen des Corona-Lockdown für gewisse Betriebe und die Folgen der behördlichen Einschränkungen für die Gesamtwirtschaft sind beträchtlich. Nebst Kurzarbeit und Einnahmeausfällen wird eine steigende Arbeitslosigkeit kaum zu vermeiden sein. Es ist daher dringend notwendig, dass mit der hoffentlich baldigen Lockerung der behördlichen Massnahmen Reformen umgesetzt werden, welche die Unternehmen entlasten und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken. Mit den Arbeitsplätzen wird so auch der Wohlstand in der Schweiz gesichert.

Bundesrat hat richtig gehandelt

Der Bundesrat hat rasch reagiert und Soforthilfen für die Wirtschaft versprochen. Die FDP hat dies begrüsst und den Bundesrat am 18. März in einem

offenen Brief zu schneller und umfassender Hilfe für die Betroffenen aufgefordert und die wichtigsten Handlungsfelder markiert. Seither hat der Bundesrat richtigerweise ein umfangreiches Massnahmenpaket mit Soforthilfen gegen die Corona-Krise geschnürt, um der Wirtschaft in dieser beispiellosen Krise zu helfen. Gefordert waren schnelle, flexible und funktionierende Antworten für tausende KMU und Selbstständigerwerbende, welche in diesen Tagen vor existenziellen Problemen stehen. Die Stützungsmaßnahmen entsprechen unseren Forderungen weitestgehend, namentlich bei der Sicherung der Liquidität von Unternehmen und zur Unterstützung von Selbstständigerwerbenden, ihren mitarbeitenden Familienmitgliedern, Lernenden oder Betriebsinhabern.

Die Massnahmen des Bundesrats sind insgesamt ein vertretbarer Kompromiss zwischen «unkompliziert» und «massgeschneidert». Das ist letztlich das Entscheidende – Vorrang hat in einer solchen Krise schnelle und unbürokratische Hilfe. Ein Swiss Finish, der zu spät kommt, nützt nichts.

Was kommt danach?

Die Lage ist nun weiterhin mit höchster Aufmerksamkeit zu verfolgen. Dort, wo es Probleme gibt oder Branchen zwischen Stuhl und Bank fallen, ist zu prüfen, ob nachjustiert werden muss. Im Vordergrund steht aber das Ziel, die Unsicherheit für alle möglichst bald zu beenden. Sobald es die gesundheitliche Lage erlaubt, müssen Schritte zur Normalisierung eingeleitet werden, und die Unternehmen (aller Grössen) müssen Planungssicherheit für die Zukunft erhalten.

Klar ist aber auch: Die Massnahmen des Bundesrates sind als Soforthilfe zu verstehen. Langfristig ist für die FDP entscheidend, dass der Bundesrat für die Zeit nach dieser Krise die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz pflegt und stärkt – und damit die Produktivität und Widerstandsfähigkeit der Unternehmen. Denn nur eine gesunde Wirtschaft, ein solider Finanzhaushalt und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen für normale Zeiten ermöglichen es unserer Gesellschaft, eine solche Krise erfolgreich zu meistern.

Vorwärtsstrategie für die Wirtschaft

Der Bundesrat muss sich bereits jetzt intensiv mit der langfristigen Strategie beschäftigen. Denn noch wichtiger als kurzfristige Überlebenshilfe ist, dass die Wirtschaft nach dem Rückschlag rasch wieder stark und konkurrenzfähig wird – die FDP fordert dafür entsprechende Rahmenbedingungen.

Nur mit einer gesunden Wirtschaft sind wir im Stande, auch eine nächste Krise erfolgreich zu meistern und den Wohlstand zu erhalten. Wenn das Schlimmste der Corona-Krise überstanden ist, braucht es dringend ein Fitness-Programm für



unsere Volkswirtschaft. Die von der FDP im August 2019 vorgelegte Vorwärtsstrategie für den Wirtschaftsstandort Schweiz ist damit aktueller denn je (siehe nachfolgende Box) – sie erscheint aus heutiger Sicht schon fast wie eine Vorahnung auf die aktuellen Ereignisse. Es ist aber auch klar, dass es gerade in dieser aussergewöhnlichen Lage weitergehende Deregulierungen und Entlastungen für Unternehmen braucht – im Sinne einer Investition in die langfristige Prosperität unseres Landes und den Wohlstand der Bevölkerung. Zu denken ist dabei an eine Reduktion der Steuer- und Abgabelast, die Flexibilisierung des Arbeitsrechts oder die zusätzliche Förderung von Forschung und Innovation. Packen wir die Chancen, die die Zukunft bietet.

Beat Walti
Nationalrat ZH und Fraktionspräsident

Das fordert die FDP in der Vorwärtsstrategie:

- **Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen** und weniger Bürokratie. Der **Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer** ist überfällig.
- Die Schweiz braucht genügend **Fachkräfte**. Wir fordern ein **Start-up-Visum** für die Techszene.
- **Libere Rahmenbedingungen** machen die Schweiz als Standort attraktiv und stärken die Wirtschaft. **Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen** sind zu bekämpfen.
- **Der Zugang zum EU-Binnenmarkt** muss gesichert werden, gleichzeitig sind **Freihandelsabkommen** ausserhalb der EU abzuschliessen.
- Eine **langfristige Steuerstrategie** sichert die Wettbewerbsfähigkeit. Das Steuersystem muss einfach, attraktiv sowie verhältnismässig sein, und **Leistung muss sich lohnen**.
- Teilnahme an **Forschungsrahmenprojekten der EU** ist sehr wichtig für unseren **Forschungs- und Innovationsplatz**. Gleichzeitig braucht es aber auch mehr **Kooperationen ausserhalb von Europa**.
- Eine kluge **Finanzplatzregulierung** soll zwar die Risiken eliminieren, nicht aber gleich den ganzen Finanzsektor mit dazu.

Parlamentarische Gruppe für Start-ups und Unternehmertum schlägt konkrete Massnahmen vor

Corona trifft Start-ups hart

Drei Viertel der Start-ups fallen durch das Corona-Rettungsnetz und haben akute Finanzierungsschwierigkeiten. Als parlamentarische Gruppe schlagen wir dem Bundesrat vor: Wenn der Bund für die Kredite an KMUs bürgt, soll er es auch bei den Start-ups tun – etwa über eine «Public-Private-Partnership».

Bund und Kantone haben in den letzten Jahren viel Zeit und Steuergelder in ein florierendes Start-up-Ökosystem investiert. Innosuisse verantwortet die Innovationsförderung für die ganze Schweiz, Kantone haben u. a. als Trägerinnen von Technoparks den Nährboden für Innovation geschaffen, und Bildungseinrichtungen wie Universitäten und Fachhochschulen sind darum bemüht, dass immer mehr Studierende während oder nach Abschluss ihrer Ausbildung ein Unternehmen («Spin-Off») gründen sollen.

Start-ups zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine Innovation auf den Markt bringen, welche stark skalierbar ist. Meistens investieren sie ihr Kapital in den ersten Jahren in Forschung sowie Entwicklung und erwirtschaften erst später einen relevanten Umsatz. So ist ihr Fortbestehen zu Beginn nur möglich, wenn genügend Wagniskapitalgeber in ihre Idee investieren. Abhängig vom Fortschritt werden laufend neue Kapitalerhöhungen durchgeführt, was im Englischen als «Deal Flow» bezeichnet wird.

Wegfall von Start-ups schaden dem Standort

Die aktuelle Wirtschaftskrise trifft die Start-ups deshalb besonders hart. Sie sind von den bisherigen Unterstützungsmassnahmen des Bundesrates weitgehend ausgeschlossen, weil sich diese in erster

Linie auf den Umsatz beziehen. Weiter werden geplante Finanzierungsrunden nicht (mehr) durchgeführt, weil sich Wagniskapitalgeber entweder ganz zurückziehen oder ihre Bemühungen auf bestehende Investitionen beschränken.

Umfragen von Venturelab und der Parlamentarischen Gruppe Start-ups und Unternehmertum – welche ich zusammen mit Judith Bellaiche (glp) präsidiere – zeigen, dass gut drei Viertel der Start-ups durch das Rettungsnetz durchfallen und akute Finanzierungsschwierigkeiten haben. An dieser Stelle kann man argumentieren, dass dies das Risiko einer solchen Investition ist und es in der Natur der Sache liegt, dass nicht jedes Start-up überleben wird. Unter normalen Bedingungen stimmt diese Argumentation. Nur ist die Situation heute eine andere, wenn der ganze «Deal Flow» nicht mehr existiert.

Wenn heute keine Start-ups mehr gegründet würden, wenn sehr erfolgversprechende Firmen mit mehreren dutzenden Mitarbeitenden von heute auf morgen kein Geld mehr hätten, dann wären die Schäden für das Ökosystem irreversibel. Diese Umstände hätten zur Konsequenz, dass in den kommenden Jahren wenige neue, innovative Firmen auf dem Markt wären, was wiederum für den Wirtschaftsstandort Schweiz schlechte Zukunftsaussichten wären.



Andri Silberschmidt: «Viele fallen durch das Rettungsnetz.»

Überbrückung für Start-up-Biotop

Deshalb muss es das Ziel sein, den «Deal Flow» so gut wie möglich aufrechtzuerhalten. Als parlamentarische Gruppe haben wir folgenden Vorschlag ausgearbeitet und dem Bundesrat vorgelegt: Wenn der Bund für die Kredite an KMUs bürgt, soll er es auch bei den Start-ups tun. Da diese Kredite im Gegensatz zu den KMUs mit mehr Risiko behaftet sind, soll die Bürgschaft verzinst und bei 85 Prozent beschränkt werden. Das Geld soll von Risikokapitalgebern kommen, wie zum Beispiel von Venture-Capital-Investoren. Diese «Public-Private-Partnership» könnte das Ökosystem und damit Milliarden an Vorleistungen durch die öffentliche Hand und Private überbrückungsweise sichern. Der Bundesrat wird das weitere Vorgehen Ende April beschliessen.

Andri Silberschmidt, Nationalrat ZH



Vorbereitung ist Gold wert

Gesundheitspolitische Erkenntnisse zu Covid-19

Ist das Coronavirus in der Schweiz einigermaßen überstanden, muss die Aufarbeitung beginnen: Was hat funktioniert, was ist zu verbessern? Das ist entscheidend, um für eine zukünftige Pandemie noch besser gerüstet zu sein. Gesundheitsexperte Frank Rühli erläutert erste gesundheitspolitische Erkenntnisse für die Zukunft.

Vieles über den Beginn und den weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie ist immer noch unbekannt, alle Aussagen zum jetzigen Zeitpunkt (Redaktionsschluss 8. April 2020) sind also mit Vorsicht zu geniessen. Sicher ist: Die Covid-19-Pandemie ist, insbesondere auch für die Schweiz, die wohl grösste gesellschaftliche Herausforderung seit Jahrzehnten. Politisch stellt sich zum Beispiel die Frage, inwieweit die subtile Balance zwischen Exekutive und Legislative, aber auch zwischen Bund und Kantonen davon beeinflusst werden wird. Daneben gilt es, auch gesundheitspolitische Erkenntnisse herauszuschälen. Diese vertieft zu analysieren, wird auch Aufgabe der Gesundheitskommission der FDP Schweiz sein.

Es braucht genügend Ressourcen

Die bisherigen Eckpunkte freisinniger Gesundheitspolitik behalten ihre Gültigkeit. Unser Gesundheitswesen ist aktuell sehr gut aufgestellt und zeigt eine beeindruckende Leistungsfähigkeit

(bspw. Anzahl zusätzlich verfügbarer Intensivpflege-Plätze). Trotzdem findet in solchen Phasen des Umbruchs oft auch ein Wertewandel statt. Als Folge der Krise dürfte die Wertschätzung der medizinischen und medizinnahen Berufe in der Bevölkerung weiter ansteigen. Gesundheit ist jedermanns höchstes Gut, ein Ausspielen der Wirtschaft versus Gesundheit ist daher kurzsichtig.

Um mittelfristig gesundheitspolitisch erfolgreich zu sein, gilt es, diesen gesellschaftlichen Wertewandel auch im eigenen politischen Kanon abzubilden: Eine zukunftsgerichtete freisinnige Gesundheitspolitik sollte gelebte Solidarität, ethischen Gemeinsinn und Nachhaltigkeit umfassen. Kostensenkungen dürfen nicht Selbstzweck sein. Erst wer beispielsweise selber mal den Echteinsatz in einer Intensivstation erlebt hat, weiss, was dabei die physischen, psychischen, technischen und intellektuellen Herausforderungen sind. Es reicht nicht, Ärzten und Pflegenden als Dank zuzuklatschen, es braucht schlicht genügend finanzielle Mittel für genug

(Reserve-)Personal und Infrastruktur sowie für noch resilientere Strukturen.

Schnelligkeit und Flexibilität entscheidend

Der Gesundheitsmarkt ist als ökonomisches Gemeinwohl stark reguliert und voller «Reformstau». In Notzeiten muss aber der Forschung und der Gesundheitsversorgung unbürokratisch und rasch geholfen werden können. Innovative und marktfreundliche Initiativen sind dann besonders wichtig. Flexible und pragmatische Leistungserbringer (bspw. Umnutzungen von Anlagen) und situationsgerechte Netzwerke retten Leben. Schnelles, massives Handeln ist epidemiologisch Gold wert.

Krisenvorbereitung optimieren

Das aktuelle Epidemienetzgesetz hat sich bewährt, das politische Krisenmanagement mehrheitlich ebenso. Der Bund hat zwar in ausserordentlichen Lagen die kurzfristige, exekutive Führung, die Kantone und



Frank Rühli

Gemeinden sind aber als Umsetzer integral einzubeziehen und wirken besonders in der wichtigen postakuten Phase einer Pandemie. Vorbereitung ist ein hohes Gut, zukünftig müssen für Krisenbewältigungen noch mehr materielle und personelle Reserven eingerechnet werden und der Ernstfall auch wirtschafts- und gesellschaftspolitisch vermehrt geplant und geübt werden. Starke Führungspersönlichkeiten sind nötig, um von der Bevölkerung Vertrauen und die nötige präventivmedizinische Disziplin einfordern zu können.

Die FDP kann in dieser einmaligen Situation zeigen, was staatstragende Verantwortung wirklich bedeutet, indem sie das zentrale Dossier Gesundheitspolitik noch stärker besetzt. Nach der Phase der operativen Hektik und des politischen Notkonsenses gilt es nun nachhaltig mitbeizutragen, dass wir für eine weitere – vielleicht noch viel schlimmere – Pandemie optimal vorbereitet sind.

Prof. Dr. Dr. med. Frank Rühli
Präsident Gesundheitskommission FDP Schweiz
frank.ruehli@gmail.com



Für eine sichere Zukunft

Ja zum Ersatz unserer Luftwaffe ab 2030

Zurzeit findet die grösste Mobilmachung seit dem 2. Weltkrieg statt. Rund 5000 Armeeangehörige unterstützen das Personal in Spitälern, in der Logistik und zum Grenzschutz. Die Leistung unserer Armeeangehörigen ist beeindruckend. Dennoch betreibt die GSoA mit der aktuellen Situation billige Stimmungsmache und propagiert, dass wir besser in die Beschaffung von Masken statt von neuen Kampfflugzeugen investieren sollten. Das eine kann aber nicht gegen das andere ausgespielt werden. Eine seriöse Sicherheitspolitik muss die ganze Bandbreite von möglichen Bedrohungen berücksichtigen.

Heute sind die Sicherheitsorganisationen im Einsatz gegen das Coronavirus. Doch was ist morgen, in zehn oder zwanzig Jahren? Wir sind gehalten, unsere sicherheitspolitischen Planungen langfristig und losgelöst von der aktuellen Lage auszurichten. Dabei sind auch Bedrohungen zu berücksichtigen, die uns heute weniger wahrscheinlich erscheinen oder wir noch gar nicht kennen. Das wohl grösste sicherheitspolitische Projekt in nächster Zeit bleibt die Modernisierung und Erneuerung unserer Luftwaffe. Die neuen Flugzeuge sind wichtig für die Gewährleistung der Sicherheit unseres Luftraums in allen Situationen: in normalen, besonderen oder ausserordentlichen Lagen.

Die Armee: ein Gesamtsystem

Die einzige strategische Reserve zum Schutz unseres Landes ist die Armee, indem sie ein breites

Spektrum von Bedrohungen abdeckt und vielseitig einsetzbar ist. Dazu gehören Kampfflugzeuge genauso wie Mittel und Kompetenzen im Cyber- oder Sanitätsbereich. Unsere Armee ist ein Gesamtsystem, und sie bedarf entsprechend einer weitsichtigen Planung für Organisation, Ausrüstung und Ausbildung.

Natürlich können Kampfflugzeuge nicht für den Kampf gegen das Coronavirus eingesetzt werden. Aber der Luftpolizeidienst muss sowohl in normalen Lagen als auch bei einer Pandemie betrieben werden können, um den Luftraum zu sichern. Abgesehen davon entstehen durch die momentane Krise unmittelbare und mittelfristige sicherheitspolitische Folgen, welche noch nicht absehbar sind. Fest steht, dass massive Staatsverschuldungen, die absehbare weltweite Rezession oder die Abschottung autoritärer Regimes nicht zu einer Stabilisie-

rung der Sicherheitslage beitragen werden. Es ist anzunehmen, dass vermehrt Spannungen auftreten werden. Wir können selbst in Europa bewaffnete Konflikte nicht mit Sicherheit für die nächsten 40 Jahre ausschliessen.

Solide Grundlagen geschaffen

Die im Rahmen von Air2030 zu beschaffenden Kampfflugzeuge ersetzen die heutigen, in die Jahre gekommenen Flugzeuge aufgrund eines anspruchsvollen Evaluations- und Beschaffungsprozesses zwar erst in rund zehn Jahren, trotzdem führt uns das Coronavirus schon heute eindrücklich vor Augen, wie schnell sich die weltweite Lage ändern kann. Es ist nun umso wichtiger, auf allfällige Gefahren vorbereitet zu sein und nicht erst an die Bekämpfung von Krisen zu denken, wenn sie schon da sind. In den letzten Jahren wurden richtigerweise



Thierry Burkart

Pandemieszenarien trainiert, welche in den Medien und in der Öffentlichkeit oft belächelt wurden. Die so gesammelten Erfahrungen helfen uns nun in der Bewältigung der aktuellen Krise. Trotzdem kann bei der Planung nicht immer alles vorausgesehen werden. Dies zeigt sich nun bei fehlenden Schutzmasken, Intensivpflegebetten und Beatmungsgeräten. Seit der Armee-Reform 95 verzichten wir auf armeeeigene Produktionsanlagen für Sauerstoff und Stickstoff, weshalb wir nun nicht auf diese strategische Reserve zurückgreifen können.

Die Bedrohungen und Gefahren sind in den letzten Jahren vielfältiger und unberechenbarer geworden. Genau deshalb ist es unerlässlich, vorauszu-denken und in die Zukunft zu investieren. Ohne eine funktionstüchtige Luftwaffe riskiert die Schweiz einen ungeschützten Luftraum ab 2030. Schweizer Armeeplaner haben mit ihrer Arbeit eine solide Grundlage für heute zu treffende Entscheide geliefert, durch die wir uns in Zukunft selbstständig schützen können.

Thierry Burkart, Ständerat AG



Keine Experimente in diesen Zeiten

Nein zur Kündigungsinitiative

Die Wirtschaft stockt, die Schweiz steht vor einer Rezession. Wird im kommenden Herbst die Kündigungsinitiative angenommen, wird es noch schlimmer kommen. Denn die ausgezeichneten Handelsbeziehungen mit der Europäischen Union würden schwer beschädigt – dauerhaft und selbstverschuldet.

Dass uns die Corona-Krise getroffen hat, ist nicht unsere Schuld. Neben der Verletzlichkeit unserer Welt zeigt uns Covid-19 aber auch, wie sehr die einzelnen Länder und ihre Volkswirtschaften miteinander verbunden sind. Da macht die Schweiz

keine Ausnahme, auch wenn ihre Volkswirtschaft ausserordentlich leistungsfähig ist.

Die Schweiz lebt von zwei Faktoren: vom Aussenhandel, mit dem sie zwei von fünf Franken verdient. Dabei geht mehr als die Hälfte unserer

«Die Kündigungsinitiative ist überaus wirtschaftsfeindlich. Man redet von Zuwanderung, zerstört aber Innovation und Vertrauen!»

Exporte in die Länder der EU, vor allem in die Grenzregionen zur Schweiz. Entsprechend hängt unser Wohlstand von stabilen Brücken zu unseren Nachbarn ab. Diese sichern nicht nur die Ökonomie. Sie garantieren uns auch den Zugang zu den europäischen Forschungsprogrammen, von denen ganz direkt unsere Hochschulen profitieren. Zudem ermöglichen sie uns Zugang zu Fachwissen, das in unserem Land fehlt. Grundlage für all das sind die bilateralen Verträge. Damit tragen sie wesentlich zu unserem Wohlstand bei.

Brücken werden abgerissen

Genau dieser Wohlstand steht auf dem Spiel, wenn wir im Herbst über die Begrenzungsinitiative der SVP abzustimmen haben. Denn in Tat und Wahrheit ist sie eine Kündigungsinitiative, welche die bewährten Brücken einreiss. Vordergründig verlangt sie vom Bundesrat, einen neuen Zuwanderungsvertrag auszuhandeln. Sollte innerhalb von 12 Monaten mit der EU kein Ergebnis vorliegen, muss die Personenfreizügigkeit gekündigt werden. Abgesehen davon, dass bei einer solch kurzen Verhandlungsfrist die Schweiz stark unter Druck gesetzt werden kann, zumal sie Bittstellerin ist, wird die Zeit kaum reichen, überhaupt zu einem Resultat zu kommen. Wegen der Guillotine-Klausel werden alle bilateralen Verträge hinfällig. Kurz, die Kündigungsinitiative ist absolut wirtschafts- und innovationsfeindlich.

Eine verantwortungslose Initiative

Wenn wir also die bewährten Brücken zu Handel, Forschung und Lehre einreissen, kann dies auch nicht mit intensiveren Beziehungen zu anderen Wirtschaftspartnern in anderen Weltregionen wettgemacht werden. Allein die längeren Wege bilden grosse Hindernisse, insbesondere für unsere kleineren und mittleren Betriebe. Zudem würde die Schweiz den Zugang zum Forschungsabkommen der EU verlieren und so unsere herausragende Stellung als Innovationsstandort aufs Spiel setzen. Fahrlässig und ohne Not. Und anders als bei Corona, wo der Bundesrat die drastischen Massnahmen lockern kann, wäre der Schaden nicht einfach per Dekret zu beheben. Es ist deshalb verantwortungslos von der SVP, die Schweiz zu zwingen, ein gutes Vertragswerk aufzugeben, während unsere Wirtschaft und Forschung mit vielen anderen Unsicherheiten zu kämpfen haben – insbesondere vor dem Hintergrund der Rezession, die auf uns zukommen wird. Auf dieses halsbrecherische Experiment darf sich die Schweiz nicht einlassen. Gerade jetzt müssen wir zusammenstehen, als Land, als Bevölkerung, als FDP. Reissen wir keine Brücken ab, und sagen wir Nein zur Kündigungsinitiative.

Damian Müller, Ständerat LU



Institutionelles Rahmenabkommen

Zusätzliche Zeit im Interesse der Schweiz nutzen

Mit dem seit Dezember 2018 vorliegenden sogenannten institutionellen Rahmenabkommen (InstA) soll der diskriminierungsfreie Zugang der Schweiz zum EU-Binnenmarkt sichergestellt werden. Während die EU nun wegen der Covid-19-Pandemie die Verordnung über Medizinprodukte ein Jahr später als geplant in Kraft setzen wird, verschob der Bundesrat die Volksabstimmung über die sogenannte Begrenzungsinitiative auf den Herbst. Unerwartet gewinnt die Schweiz dadurch wertvolle Zeit.

Das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU ist gerade für die hiesige Exportwirtschaft von grösster Bedeutung. Neben dem Freihandelsabkommen von 1972, welches bei einer allfälligen Kündigung der Bilateralen Verträge eine wichtige Auffangfunktion übernehmen würde, sichern insbesondere die unter die Guillotine-Klausel fallenden sogenannten Bilateralen-I-Verträge den diskriminierungsfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt.

Verrechtlichung des bilateralen Verhältnisses

Mit einem InstA sollen der gegenseitige Marktzugang nun weiter vereinfacht sowie zukünftige Blockaden und Diskriminierungen verhindert werden. Dies ist grundsätzlich zu begrüssen.

Es gilt jedoch zu bedenken, dass der vorliegende Entwurf auch die rechtlichen Mechanismen der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU

verändert, indem die Rechtsaktualisierung dynamisiert und ein Streitschlichtungsmechanismus geschaffen wird. Die sogenannte dynamische Rechtsübernahme schränkt unsere direkt-demokratischen und föderalistischen Rechtsetzungszuständigkeiten zwar formell nicht ein, denn wir sind grundsätzlich weiterhin frei, eine Rechtsentwicklung zu übernehmen oder nicht. Bei einer Nicht-Übernahme müssten wir allerdings – je nach Inhalt und Umfang der entsprechenden Rechtsentwicklung – entweder verhältnismässige Ausgleichsmassnahmen oder die Aktivierung der – gemäss vorliegendem InstA-Entwurf weiter bestehenden – Guillotine-Klausel akzeptieren.

Durch diese grundsätzlich positive Verrechtlichung des bilateralen Verhältnisses werden bisherige Ermessens- und Verhandlungsspielräume und damit auch diskriminierende Massnahmen der EU-Kommission gegenüber der schweizerischen Euro-

papolitik eingeschränkt. Dabei bleiben durch den Vertragstext des InstA aber wichtige Fragen offen, bei denen es in Zukunft zu Rechtsstreitigkeiten kommen könnte. Aus diesem Grund verlangt die FDP da Klärungen, wo das Rahmenabkommen noch Interpretationsspielräume offenlässt. Nur so kann die durch das InstA angestrebte Rechtssicherheit tatsächlich verwirklicht werden.

Gewonnene Zeit für Konkretisierungen nutzen

Die EU hat jüngst angekündigt, die neuen Regeln für Medizinprodukte ein Jahr später als geplant in Kraft zu setzen. Dadurch verliert sie kurzfristig ihr wichtigstes Druckmittel für einen raschen Abschluss des InstA. Zudem hat der Bundesrat die



Alain Bai

Volksabstimmung über die sogenannte Begrenzungsinitiative vom 17. Mai 2020 verschoben. Der Bundesrat sollte die gewonnene Zeit nun nutzen und entsprechende Vorschläge zur erforderlichen Konkretisierung des InstA-Entwurfs erarbeiten, die sowohl von der EU als auch in einer Volksabstimmung akzeptiert werden können.

Ziel muss es sein, die Teilnahme der Schweiz am EU-Binnenmarkt mit präzisen völkervertraglichen Mechanismen sicherzustellen. Denk- und wünschbar wäre ein gegenseitiger Notenaustausch oder Briefwechsel zwischen dem Bundesrat und der EU-Kommission über die Auslegung und Anwendung einzelner unklarer und umstrittener Bestimmungen des InstA. So könnten etwa – wie von der FDP gefordert – die integrale Übernahme der Unionsbürgerrechtlinie ausgeschlossen und das schweizerische System der Sozialpartnerschaft ausdrücklich anerkannt werden.

**Alain Bai, Gemeinderat Muttenz (Kanton BL)
Assistent und Doktorand an
der Juristischen Fakultät der Universität Basel**



Aus Liebe zum Menschen

Moderator und Pflegefachmann

Als 16-Jähriger erreichte Sabir Semsî mit dem von ihm lancierten Projekt «Radio Sek Romanshorn 3» überregionalen Bekanntheitsgrad. Obwohl auch heute noch an verschiedenen Anlässen als Moderator im Einsatz, hat der Romanshornener beruflich einen anderen Weg gewählt. Als diplomierter Pflegefachmann HF betreut der 23-Jährige im Spital Münsterlingen auch schwer erkrankte Corona-Patienten.

Sein Interesse an den Menschen, sein Tatendrang, sein gewinnendes Auftreten und seine Kommunikationsfähigkeit zeichneten Sabir Semsî schon immer aus. Mit seinem Projekt «Radio Sek Romanshorn 3» überzeugte er den Schulleiter, beschäftigte 35 Schülerinnen und Schüler und wurde überregional bekannt. Sogar die damals amtierende Miss Schweiz Dominique Rinderknecht konnte der 16-Jährige für einen Liveauftritt gewinnen.

Den Traumberuf ergriffen

In seiner Freizeit steht Sabir Semsî gerne als Moderator im Einsatz und schreibt Kolumnen. Doch nie hat er bereut, sich beruflich für einen anderen Weg entschieden zu haben. «Für mich war lange vor der dritten Oberstufe klar, dass ich «Fachmann Gesundheit» werden wollte. Aus Liebe zum Menschen», betont er. Ganz bewusst habe er den Aus-

bildungsplatz bei der Spitex in Romanshorn angenommen. «Ich wollte Menschen aus meiner Nähe betreuen und Verantwortung übernehmen.» Angenommen von seinem Beruf absolvierte er im Anschluss an seine dreijährige Berufslehre die höhere Ausbildung zum Pflegefachmann HF. Sein Diplom erhielt er freitags, seine Stelle am Spital Münsterlingen trat er am folgenden Montag an. «Ich wollte nach der Theorie schnellstmöglich praktisch arbeiten», erinnert er sich.

An schwierigen Aufgaben wachsen

Nicht zu wissen, was noch folge, aber auch die Gewissheit, dass die von ihm betreuten Corona-Patienten in einer sehr schwierigen Situation sind und in dieser für sie sehr belastenden Zeit keinerlei persönliche Kontakte pflegen können, sei auch für das Spitalpersonal keine einfache Situation. «Aber ich

sehe es auch als Chance, um weiter zu wachsen», so der Romanshornener. Er spüre sehr viel Dankbarkeit, und es gebe Glücksmomente. «Als ich kürzlich einem zuvor schwer erkrankten Corona-Patienten im Abschlussgespräch die Richtlinien für die Heimisolation erklären durfte, empfand ich eine riesige Genugtuung.» Sein Fachwissen und seine Empathie für die Menschen helfen ihm. Aber auch seine Kommunikationsfähigkeit und sein gewinnendes Lachen, welche auch in seinem Hobby als Moderator wichtig sind, sind derzeit sehr wertvoll. Denn die an Covid-19 erkrankten Patientinnen und Patienten bekommen ausschliesslich Pflegenden in voller Schutzmontur zu Gesicht. «Emotionen können wir nur mit unserer Stimme von uns geben.»



Fasziniert von der Politik

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt sind ihm wichtig. «Es ist für mich manchmal schockierend, wie wenig sich die Leute für die Dorfpolitik interessieren und wie fahrlässig mit demokratischen Rechten umgegangen wird.» Obwohl Sabir Semsî aufgrund der aktuellen Lage kaum Zeit für seinen Wahlkampf hatte, schaffte der 23-Jährige bei den Kantonsratswahlen 2020 bereits ein beachtliches Resultat. Weitere Aktivitäten in der Politik schliesst der Thurgauer nicht aus. «Wenn es mein Beruf zulässt, werde ich sicher öffentliche Aufgaben übernehmen.» Vorerst hofft das Vorstandsmitglied der FDP Romanshorn, dass die aktuelle Krise rasch und gut gemeistert werden kann und dass dem Gesundheitswesen in der Schweiz die nötige Beachtung geschenkt wird. «Wir dürfen es nicht so weit wie andere Länder kommen lassen und müssen unbedingt dafür sorgen, dass wir auch künftig genügend Personal in den Pflegeberufen haben.»

Marie-Theres Brühwiler

Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Thurgau



FDP hält Versprechen

Freisinnige Umwelt- und Klimapolitik in vollem Gange

Die FDP hat im Wahljahr das Versprechen abgegeben, ihre Umwelt- und Klimapolitik zu stärken. Sie hat eine Politik bestehend aus Eigenverantwortung, Innovation und Lenkung beschlossen und dazu ein kontroverses Positionspapier verabschiedet. Gut ein Jahr nach der Lancierung dieses Prozesses kann eine erste Bilanz gezogen werden. Das Ergebnis kann sich sehen lassen, und wir kommen klar zum Schluss: Die FDP hält ihr Versprechen.

Wir tragen speziell in der Klimapolitik gegenüber den nachfolgenden Generationen eine grosse Verantwortung – Nichtstun ist keine Option! Wir setzen uns darum für eine griffige, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik ein und haben unsere Leitlinien im Positionspapier vom Juni 2019 basisdemokratisch festgelegt. Das Positionspapier hat im Wahljahr viel Staub aufgewirbelt und zu kontroversen Diskussionen innerhalb und ausserhalb der FDP geführt. Dieser Diskurs war nötig, um aufzuzeigen, dass die FDP sich dieses Themas ernsthaft annimmt und auch in Zukunft eine zentrale, gestaltende Rolle in der Umwelt- und Klimapolitik einnehmen will und wird.

Gut ein Jahr nach der Lancierung dieses Prozesses ziehen wir nun eine erste Bilanz. Sie soll zeigen, was bisher erreicht wurde und ob wir als FDP unsere Versprechen eingehalten haben oder nicht.

Gezielte Massnahmen für den Klimaschutz im CO₂-Gesetz

Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Totalrevision des CO₂-Gesetzes. Nur mit einer mehrheitsfähigen Vorlage kommen wir der Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens näher, das die Schweiz ratifiziert hat und hinter dem auch die FDP klar steht.

Nachdem wir bereits im Ständerat im Herbst 2019 unsere Forderungen aus dem Positionspapier erfolgreich haben einfließen lassen, konnten wir in der nationalrätlichen Umweltkommission (UREK-N) entscheidend darauf hinwirken, dass die Massnahmen zugunsten des Klimaschutzes weiter optimiert werden.

So sollen die Mittel aus dem Klimafonds stärker durch das Parlament kontrolliert und anhand von Effizienzkriterien gezielter eingesetzt werden, beispielsweise für die Forschung und Entwicklung insbesondere im Flugverkehr. Ebenfalls dank der FDP konnte die kurzfristig im Ständerat eingebrachte Privatflugabgabe korrigiert werden, sodass die Business-Jets gezielter in die Pflicht genommen werden. Entscheidend war die FDP in der Mehrheitsfindung bei den nationalen CO₂-Grenzwerten für den Gebäudebereich. Damit wird der föderale Aufbau stärker respektiert, ohne gleichzeitig die ambitionierten Zielwerte zu torpedieren. Zentral für den wichtigen Beitrag der Wirtschaft ist die erreichte Mehrheit zugunsten der Ausweitung der Zielvereinbarungssysteme auf alle Unternehmen. Diese Erfolge sind nur zustande gekommen, weil die FDP sich sehr aktiv in der Kommissionsarbeit eingebracht hat. Sobald der reguläre Sessionsbe-

trieb wieder aufgenommen wird, muss der Nationalrat diese gute Vorlage rasch verabschieden, damit wir in der Klimapolitik bis 2030 einen ambitionierten und umsetzbaren Plan haben.

Erfolgreiche Vorstösse im Parlament

Neben dem CO₂-Gesetz gibt es aber selbstverständlich noch viele weitere Brennpunkte, die in der Umwelt- und Klimapolitik angegangen werden müssen. Dazu hat sich die FDP in den vergangenen Monaten über mehrere Vorstösse im Parlament eingebracht. Und die Bilanz dieser Vorstösse spricht für sich. Von den 21 Vorstössen, die bereits behan-



Susanne Vincenz-Stauffacher

delt wurden, wurden nur drei Vorstösse abgelehnt. Diese hohe Erfolgsquote ist nicht selbstverständlich und zeigt, dass wir mit unseren Forderungen aus dem Positionspapier mehrheitsfähige Lösungen vorgeschlagen haben, die auch einen Grossteil des Parlamentes überzeugen. So konnten wir z.B. im Bereich Natur- und Gewässerschutz zwei wichtigen Vorstössen bezüglich Littering und Schutz vor Plastikmüll zur Annahme verhelfen. Ebenfalls erfolgreich war die FDP bei der Thematik Fernwärme- und Fernkälte-Infrastruktur, um das Potenzial besser auszunutzen. Speziell erwähnenswert sind zudem sicherlich die erfolgreichen Vorstösse im Bereich Kreislaufwirtschaft. Dabei liegt der Fokus vor allem auf der Deregulierung, um das Innovationspotenzial in diesem Bereich zu nutzen. Zu guter Letzt zeigen die Vorstösse der FDP im Bereich der nachhaltigen Finanzbranche, dass auch dort viel Potenzial für mehrheitsfähige Lösungen vorhanden ist.

Positive Bilanz

Das Ergebnis des Positionspapiers und der daraus erarbeiteten politischen Massnahmen kann sich sehen lassen. Sowohl bei den bundesrätlichen Vorlagen wie auch bei den Einzelvorstössen sind die Forderungen der FDP von Erfolg gekrönt. Sie zeigen aber vor allem eines: Die FDP hält ihr Versprechen aus dem Wahljahr 2019 ein.

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin SG



Update zur Renteninitiative

Anfang Juni geht die Unterschriftensammlung weiter

Wegen Corona steht vorerst auch das Sammeln von Unterschriften für die jungfreisinnige Renteninitiative still. Umso wichtiger deshalb, dass der Prozess auch mit Ihrer Unterstützung bald mit voller Kraft weitergehen kann.

Vor knapp drei Wochen hat der Bundesrat die ausserordentliche Lage ausgerufen. Seitdem steht nicht nur die Wirtschaft nahezu still. Auch sämtli-

che politischen Grossaktionen sind verboten worden. Namentlich bleibt es vorerst untersagt, bis Ende Mai 2020 Unterschriften für eidgenössische

Volksbegehren zu sammeln. Hiervon ist auch unsere Renteninitiative betroffen. Dafür wurden aber die Sammelfristen entsprechend verlängert.

Wir bleiben motiviert am Ball

Wir Jungfreisinnige haben in den letzten Monaten vieles für unsere Initiative getan: So waren wir einerseits bemüht, weitere Gelder für unser Projekt einzuwerben – eine Initiative ist gerade in finanzieller Hinsicht ein wahrer Kraftakt. Andererseits haben wir all unsere Sektionen mobilisiert und fleissig Unterschriften gesammelt. Stand heute gehen wir davon aus, dass wir bis Ende Jahr rund 90 000 Unterschriften gesammelt haben werden.

Die Zwischenzeit bis Ende Mai 2020 nutzen wir, um die bisherigen Bemühungen Revue passieren zu lassen und den künftigen Handlungsbedarf zu skizzieren. Die Unterschriftensammlung soll nämlich am 1. Juni 2020 geradewegs weitergehen!

Ihre Unterstützung zählt

Wir sind froh, dass die FDP/Die Liberalen unsere Initiative aktiv unterstützt. Es ist an der Zeit, dass die Forderung nach einer moderaten Erhöhung des Rentenalters bzw. einer nachhaltig finanzierten AHV endlich auf die nationale Politagenda gebracht wird. Umso wichtiger ist es, dass wir alle an einem Strick ziehen und Unterschriften für die Renteninitiative sammeln!

Helfen Sie bitte mit, unsere Initiative ab dem 1. Juni 2020 tatkräftig zu unterstützen. Wir brauchen Sie! Gemeinsam können wir die nötige Anzahl Unterschriften sammeln.

Matthias Müller
Präsident Jungfreisinnige Schweiz

Der Einfluss der Corona-Krise auf die AHV/IV

Das Defizit der AHV wächst kontinuierlich: 2019 wurden 1,2 Mrd. Franken mehr AHV-Beiträge ausbezahlt als eingenommen. Damit ist das AHV-Umlageergebnis zum sechsten Mal in Folge negativ. Nur dank eines positiven Anlageergebnisses des AHV-Ausgleichsfonds beläuft sich das AHV-Betriebsergebnis auf (plus) 1,7 Mrd. Franken. Der Druck auf die AHV nimmt damit aber nicht ab, im Gegenteil: Nicht nur leidet die AHV unter den Einbrüchen bei der Umlagefinanzierung. Die Corona-Krise verschärft die ganze Situation zusätzlich. Auch die IV leidet darunter.

Höhere Arbeitslosenzahlen

Die Corona-Krise hinterlässt deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt. So stieg die Arbeitslosenquote von 2,5 Prozent im Februar 2020 auf 2,9 Prozent im März 2020. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöh-

te sich die Arbeitslosigkeit um rund 20 Prozent. Das trifft die AHV hart, denn aufgrund der Umlagefinanzierung stammt ein wesentlicher Teil ihrer Erträge aus den laufenden Lohnbeiträgen, die jetzt wegbrechen. Weil nun eine globale Rezession erwartet wird, ist damit zu rechnen, dass die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen wird. Die Defizite der AHV werden deshalb stärker zunehmen.

AHV-Reform

Vor diesem Hintergrund wäre eine Reform notwendig, die Zusatzeinnahmen und – bestenfalls – strukturelle Massnahmen vorsieht. In seiner Botschaft zur Stabilisierung der AHV ans Parlament schlägt der Bundesrat die Angleichung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,7 Prozentpunkte vor. Diese Massnahmen führten zwar zu Einsparungen. Diese fal-

len im Ergebnis aber nicht wirklich hoch aus, weil ein Grossteil für soziale Abfederungen gebraucht werden soll. Zudem ist aufgrund der Corona-Krise ungewiss, wann das Parlament die Vorlage beraten und darüber abstimmen kann.

IV schreibt ebenfalls rote Zahlen

Das Defizit 2019 der IV betrug 383 Mio. Franken. Nur dank der Performance an den Finanzmärkten erreichte der IV-Ausgleichsfonds ein Ergebnis von 407 Mio. Franken. Am Schluss bleibt deshalb ein IV-Betriebsergebnis von (plus) 24 Mio. Franken. Die Schulden der IV bei der AHV belaufen sich aber weiterhin auf rund 10 Mrd. Franken; viel Geld, auf das die AHV dringend angewiesen wäre. Da die IV auch umlagefinanziert ist, leidet sie wie die AHV besonders unter einem Rückgang der Lohnbeiträge.

Homeoffice

Auch nach Corona eine Option

Die Förderung von Arbeit im Homeoffice ist ein wichtiges Anliegen der FDP. Ausgerechnet wegen des Coronavirus arbeitet ein grosser Teil der Bevölkerung wochenlang von zu Hause aus – ob freiwillig oder unfreiwillig. Das könnte auch eine Chance sein.

Unbestritten: Das Coronavirus bringt viel Leid und enorme Herausforderungen mit sich. Doch in manchen Krisensituationen liegen auch Chancen. Corona zwingt uns, unseren Alltag anders zu organisieren, vermehrt digitale Mittel (z.B. Videokonferenzen) zu nutzen und bisherige Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen – so etwa, warum viele von uns im bisherigen Alltag jeden Tag zur «Rush-Hour» in den Zug stiegen, um zur Arbeit zu pendeln oder eine Sitzung abzuhalten. «Natürlich können

wollen nicht alle ihre Arbeit und ihre Termine von zu Hause aus erledigen», sagt Hans-Jakob Boesch, Präsident der FDP Kanton Zürich. «Aber diese Ausnahmesituation zeigt uns, was heute alles auf digitalem Weg gemacht werden kann. Darauf sollten wir in Zukunft aufbauen, denn es kann unser Leben klar erleichtern.»

Weniger Stau, bessere Work-Life-Balance

Auch Ständerat Damian Müller schätzt Homeoffice:



Gina Zehnder kurz vor einer Videokonferenz.

«Natürlich fehlen mir die sozialen Kontakte. Aber wir können auch Positives in die Zukunft mitnehmen. Wenn wir mehr im Homeoffice arbeiten, können wir Arbeitswege einsparen und so Strassen, ÖV und Umwelt entlasten. Und wir haben mehr Zeit für Familie und Freunde.» Gina Zehnder, Geschäftsführerin der FDP Kanton Basel-Landschaft, sagt: «Neben der Arbeit für die FDP mache ich ein Doktorat und kann so flexibel einteilen, wann ich doktore und wann ich arbeite. Das fördert die Effizienz. So bringt Homeoffice Vorteile für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.» Nicht zuletzt kann Homeoffice helfen, die Balance zwischen Arbeit und Privat- bzw. Familienleben zu verbessern. In diesem Sinne bringt Corona zwar vorübergehend schmerzhaft Einschnitte in die Freiheit aller mit sich, zeigt aber auch auf, wie wir die Chancen von Fortschritt und Digitalisierung nutzen können, um die persönliche Freiheit in Zukunft noch zu steigern.



Damian Müller bei der Kommissionarbeit im Homeoffice.



«Homeoffice ist auch nach Corona eine Option», so Hans-Jakob Boesch.

Digitaler Stammtisch 🍺 💬
Alle Stammtisch-Termine auf unserer Website, laufend aktualisiert

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:
FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern
T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00
E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout:
CH Regionalmedien AG | www.chregionalmedien.ch

Druck:
CH Media Print AG | www.chmediaprint.ch

FDP

Die Liberalen
Thun Nord

SAVE THE DATE

Nationale FDP-Sternwanderung

Freisinniger Wandertag mit FDP-Parlamentarier und Parlamentarierinnen.

29. August 2020

Treffpunkt: Region Thun

Zwischen 08:30 Uhr und 10:00 Uhr, Beginn der Wanderung

Ab 12:00 Uhr Eröffnung des Festbetriebs

16:00 Uhr, Ende

www.fdp.ch

Durchführung des Wandertags mit Vorbehalt infolge Coronavirus-Situation.